

ÖkologiePolitik 198 / März 2025

42. Jahrgang | ISSN 1430-6646 | 6,- € Printausgabe | 3,- € PDF
Journal der Ökologisch-Demokratischen Partei | www.oedp.de

ödp



Ökologie Politik

| 5 Jahre Artenschutz-Volksbegehren
in Bayern – Teil 2

TITELTHEMA:

5 JAHRE ARTENSCHUTZ-VOLKSBEGEHREN IN BAYERN – TEIL 2

- 4 WISSENSCHAFT
„Biodiversität ist ein ‚Motor‘ für ökosystemare Prozesse“
Interview mit Prof. Dr. Werner Härdtle
- 6 INSEKTENSTERBEN
Es geht ans Eingemachte
von Dr. Andreas H. Segerer
- 10 LANDWIRTSCHAFT
Ökolandbau – der größte Hebel für den Artenschutz
von Josef Schmid
- 14 AQUATISCHE LEBENSRAUME
Gewässerrandstreifen – ein Erfolg des Volksbegehrens
von Tobias Ruff
- 17 URBANES KLEIN-BIOTOP
„Gute Vernetzung und große Neugier sind das Wichtigste“
Interview mit Sonja Jelineck

ÖDP INTERN

- 22 BUNDESVORSTAND
Begeisterung für enkeltaugliche Politik
von Günther Brendle-Behnisch
- 24 EUROPAPARLAMENT
**Neues von unserer Europaabgeordneten
Manuela Ripa**
- 27 LANDESVERBÄNDE
- 32 BUNDESARBEITSKREIS ARTEN- UND NATURSCHUTZ
**Erste Gedanken zu einem zukünftigen
ÖDP-Forderungskatalog zur Wasser- und Klimapolitik**
- 34 BUNDESARBEITSKREIS MOBILFUNK
Aufarbeitung neuester Forschungsergebnisse
- 35 BUNDESARBEITSKREIS GESUNDHEIT
**Mit neuem Leitungsteam
„Ganzheitliches Gesundheitsprogramm“ erstellt**
- 36 MARIA OPITZ-DÖLLINGER STIFTUNG
Erste Sitzung des Stiftungsrats
- 39 TERMINE, IMPRESSUM

Foto Baum: Ungureanu Liviu/shutterstock.com; Foto Titelseite: Huskyherz/pixabay.com



Liebe Leserinnen und Leser,

EDITORIAL

diese Ausgabe der *ÖkologiePolitik* geht wenige Tage vor der Bundestagswahl in Druck. Wenn sie bei Ihnen ankommt, haben wir wahrscheinlich einen neuen Bundeskanzler: Friedrich Merz. Der gilt als Konservativer – doch das ist er nicht. Denn „konservativ“ kommt vom lateinischen „conservare“, was „erhalten“ und „bewahren“ bedeutet. Bewahren will Merz aber sicherlich nicht. Er will verändern. Und dabei werden leider nicht das Gemeinwohl und unsere Umwelt im Mittelpunkt stehen, sondern die Interessen von Konzernen und Milliardären. Merz steht für Strukturreformen, welche die soziale Spaltung und die Umweltzerstörung wahrscheinlich beschleunigen werden.

Strukturreformen sind nötig – aber vor allem solche, die bewahren. Bewahrt werden muss insbesondere die Artenvielfalt. Um die geht es in dieser Ausgabe der *ÖkologiePolitik* abermals. Nicht nur, weil das von der ÖDP initiierte Volksbegehren „Rettet die Bienen!“ sein 5-jähriges Jubiläum feierte. Sondern auch, weil das Artensterben, wenn wir es nicht stoppen, verheerende Konsequenzen haben wird. Vor allem das Insektensterben, das von den Medien und der Politik noch nicht ansatzweise die Aufmerksamkeit erhält, die es verdient. Von einer „ökologischen Fundamentalkrise, deren Dimension weit über die Klimaproblematik hinausreicht“ spricht Dr. Andreas H. Segerer in seinem Beitrag auf den Seiten 6 bis 9. Denn die Insekten haben in den komplexen ökologischen Strukturen eine Schlüsselrolle inne.

Doch die Zahl der Insekten geht dramatisch zurück. Weltweit. Das hat verschiedene Ursachen. Die Industrialisierung der Landwirtschaft ist in Deutschland wohl die wichtigste. Deshalb ist eine Agrarwende dringend geboten. Zumal die Landwirtschaft ja auf die Bestäubung ihrer Pflanzen durch Insekten angewiesen ist. Findet die nicht mehr in ausreichendem Maße statt, so werden die landwirtschaftlichen Erträge einbrechen. Ökosysteme mögen komplex sein, undurchschaubar sind sie nicht. Die Politik weiß eigentlich, was zu tun ist. Aber sie tut es nicht. Damit sich das ändert, steht der Artenschutz in der Themenliste der ÖDP und der *ÖkologiePolitik* weit oben.

Viel Spaß beim Lesen, Nachdenken und Diskutieren wünschen Ihnen

Ihre

PS: Weitere Artikel, Interviews, Kolumnen und Buchrezensionen finden Sie auf der Website www.oekologiepolitik.de.

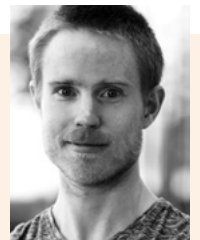
Günther Hartmann

Verantwortlicher
Redakteur



Jan Altnickel

Stellvertretender
verantwortlicher
Redakteur



WISSENSCHAFT

„Biodiversität ist ein ‚Motor‘ für ökosystemare Prozesse“

Dass die Artenvielfalt kein Selbstzweck, sondern Grundlage für die Stabilität von Ökosystemen ist, dürfte bekannt sein. Doch was haben die mit uns Menschen zu tun? Warum sollten wir sie schützen? Was ist der Stand der Wissenschaft? Ein Ökologie-Professor hat hierüber kürzlich ein Buch veröffentlicht.

Interview mit Prof. Dr. Werner Härdtle

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Härdtle, was hat Sie bewogen, ein Buch über Biodiversität zu schreiben?

Prof. Dr. Werner Härdtle: Der weltweite und unwiederbringliche Verlust an biologischer Vielfalt birgt – der Klimakrise vergleichbar – schwerwiegende gesamtgesellschaftliche Risiken. Leider erfährt diese „Biodiversitätskrise“ derzeit keine angemessene gesellschaftliche und politische Wahrnehmung. Das Buch gibt erstmalig eine Übersicht über das heute verfügbare Wissen zur Bedeutung von biologischer Vielfalt für das „Funktionieren“ von Ökosystemen, für die von diesen erbrachten und von uns Menschen genutzten „Serviceleistungen“ und somit für gesellschaftlichen Wohlstand. Es versucht anhand von anschaulichen und leicht verständlichen Beispielen zu erklären, warum wir biologische Vielfalt als eine Art „Versicherung“ für unsere Lebensqualität verstehen müssen und warum umgekehrt ein Verlust an biologischer Vielfalt mit einem Verlust an Lebensqualität einhergeht.

Warum brauchen wir Biodiversität?

Wir müssen Biodiversität als eine Art „Motor“ für wichtige ökosystemare Prozesse verstehen, z. B. für den Wuchs von Bäumen, die Neubildung von sauberem Grundwas-

Prof. Dr. Werner Härdtle

Jahrgang 1957, studierte Biologie und anschließend Bodenkunde, promovierte in Botanik und habilitierte in Geobotanik und Landschaftsökologie. Seit 1997 ist er Professor für Ökologie an der Universität Lüneburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind Zusammenhänge zwischen Biodiversität und Ökosystemfunktionen, Waldökologie sowie Ökologie von Offenlandschaften.

www.t1p.de/vc5vv



ser, die Bereitstellung von Nahrung oder die Speicherung von klimaschädlichem Kohlendioxid. Artenvielfalt und das Zusammenle-

„Artenreiche Wälder sind gegenüber Trockenereignissen oder Temperaturstress resistenter als artenarme.“

ben von ganz verschiedenen Pflanzen- und Tierarten sind eine unverzichtbare Voraussetzung dafür, dass Ökosysteme – einem Uhrwerk vergleichbar – „funktionieren“ und dass diese gegenüber Störungen oder Klimawandel stabilisiert werden, während ein kon-

tinuierlicher Artenverlust dazu führen wird, dass die von uns Menschen zum Überleben notwendigen Ökosystem-Serviceleistungen abnehmen oder gar nicht mehr zustande kommen.

Was sind die größten Missverständnisse bzw. Mythen zu diesem Thema?

Wahrscheinlich fußen die größten Probleme im heutigen Umgang mit Ökosystemen

„Ohne artenreiche Bestäubergemeinschaften wären die landwirtschaftlichen Erträge erheblich geringer.“

und ihrer Biodiversität weniger auf Missverständnissen oder Mythen, sondern eher auf einer mangelnden Kenntnis um die Zusammenhänge zwischen Artenvielfalt und Ökosystem-Serviceleistungen sowie deren Bedeutung für gesellschaftlichem Wohlstand.

Welchen Einfluss hat die Klimaerwärmung auf die Biodiversität?

Klimaveränderungen erweisen sich derzeit – neben einer Zerstörung und Übernutzung von Lebensräumen – als wichtigste Faktoren für eine weltweite Gefährdung von Arten. Dabei wissen wir heute, dass Artenvielfalt Ökosysteme gegenüber Klimawandel wie auch die von Ökosystemen für uns Menschen erbrachten Serviceleistungen stabilisieren. So zeigen jüngere Untersuchungen, dass artenreiche Wälder gegenüber Trockenereignissen oder Temperaturstress resistenter sind als artenarme. Und auch in der Landwirtschaft benötigen wir artenreiche Bestäubergemeinschaften, ohne die landwirtschaftliche Erträge für viele kommerziell genutzte Pflanzenarten



Werner Härdtle
Biodiversität, Ökosystemfunktionen und Naturschutz
Springer Spektrum, Juni 2024
911 Seiten, 49,99 Euro
978-3-662-68235-7



kaum möglich oder zumindest erheblich geringer wären.

Ist es angesichts der durch die Klimaerwärmung sich rapide wandelnden Rahmenbedingungen überhaupt sinnvoll, Ökosysteme bewahren zu wollen?

Eine Bewahrung von Ökosystemen und ihrer Artenvielfalt gewinnt gerade angesichts solcher Veränderungen an besonderer Bedeutung. Würde es uns z. B. nicht gelingen, unsere heimischen Laubwälder und die für sie charakteristischen Baumarten auch unter sich ändernden Klimabedingungen zu erhalten, so würden wir mit diesen auch wichtige Serviceleistungen wie die Produktion von Holz, die Neubildung von Grundwasser oder die Speicherung von Kohlendioxid verlieren.

Herr Prof. Härdtle, herzlichen Dank für das interessante Gespräch! ■



Foto: Chaos/Chor/pixabay.com

INSEKTENSTERBEN

Es geht ans Eingemachte

Insekten bilden das Fundament unserer Ökosysteme. Und auch das unserer Landwirtschaft. Sie sind deshalb von zentraler Bedeutung für das Überleben der Menschheit. Zu ignorieren, dass ihre Anzahl dramatisch zurückgeht und viele Arten bereits ausgestorben oder vom Aussterben bedroht sind, hätte fatale Konsequenzen.

von Dr. Andreas H. Segerer

Mit Veröffentlichung der „Krefelder Studie“ im Herbst 2017 erhielt der massive Rückgang heimischer Insekten erstmals öffentliche Aufmerksamkeit. Für die Fachwelt kam das nicht überraschend, handelt es sich doch um einen menschengemachten Prozess, der mit Beginn der industriellen Revolution vor über 200 Jahren begann, bereits im 19. Jahrhundert von Naturforschern ursächlich erkannt (und deutlich kritisiert) worden ist und seither laufend an Dynamik zugenommen hat.

Dr. Andreas H. Segerer

Jahrgang 1961, studiert Biologie, promovierte im Fach Mikrobiologie, leitete von 1992 bis 1998 das mikrobiologische Labor eines Lehrkrankenhauses, ist seit 1998 an der Zoologischen Staatssammlung München tätig und war bis 2023 deren Vizedirektor. Sein Forschungsschwerpunkt sind Schmetterlinge.
segerer@snsb.de



Heute ist er Merkmal einer globalen Biodiversitätskrise, die alle Anzeichen für den Beginn eines planetaren Massenaussterbens aufweist, in jedem Fall aber die immense Gefahr eines regionalen oder gar globalen Zusammenbruchs von Ökosystemdienstleistungen in sich birgt und damit unsere Zivilisation zur Disposition stellt. Dies vor allem deshalb, weil Insekten Schlüsselfunktionen in den ökologischen Netzwerken besetzen.

Selbstverständlich haben alle Arten ihren „Beruf“ und ihre Existenzberechtigung. Dennoch macht es einen Unterschied, ob einzelne Wirbeltiere wie z. B. Nashörner durch den

Insekten besetzen Schlüsselfunktionen in den ökologischen Netzwerken.

Menschen bedroht werden oder aber – wie es nun mit den Insekten der Fall ist – gleich eine tragende Wand der ökologischen Funktionalität angegriffen wird. Es geht also ans Eingemachte.

Treiber des Insektensterbens

Das Insektensterben ist weltweit nachweisbar und wissenschaftlich bestens belegt. Es wird durch ein komplexes Set von Treibern befeuert, deren jeweiliger Impact allerdings regional unterschiedlich ausgeprägt ist.

In den Kältezonen der Erde spielt die globale Erwärmung eine maßgebliche Rolle. In den Tropen ist es die Vernichtung von Primärlebensräumen wie z. B. Regenwäldern, wodurch aber zweitens auch das lokale Klima aus dem Takt gerät und schädlichen Einfluss entfaltet.

In unseren Breiten sind mit weitem Abstand intensive Landwirtschaft und Flächenfraß die Hauptverursacher. Sie sind einerseits verantwortlich für nachteilige strukturelle Veränderungen der über Jahrhunderte gewachsenen Kulturlandschaft (Monokulturen,



Andreas H. Segerer,
Eva Rosenkranz

Das große Insektensterben

Was es bedeutet und was wir jetzt tun müssen
oekom, August 2018
208 Seiten, 20,00 Euro
978-3-96238-049-6



Matthias Glaubrecht

Das Ende der Evolution

Wie die Vernichtung der Arten unser Überleben bedroht
Penguin, November 2023
560 Seiten, 15,00 Euro
978-3-328-10924-2



Landschaftsausräumung, Zersiedelung, Sukzession etc.), andererseits für chemische Belastung (Überdüngung, Pestizide).

Weil Nähr- und Schadstoffe mobil sind und sich über Luft und Wasser über das ganze Land verbreiten, sind auch Naturschutzgebiete von Immissionen betroffen. Das Insekten-

Es ist ein Unterschied, ob einzelne Wirbeltiere bedroht werden oder eine tragende Wand der ökologischen Funktionalität angegriffen wird.

sterben schreitet daher auch dort voran. Und zwar umso mehr, je weniger die Habitate von der vom Menschen beeinflussten Umgebung abgeschirmt sind.

Weitere Faktoren wie Lichtverschmutzung und invasive Arten kommen obendrauf, haben aber bei uns derzeit eher regionalen als globalen Einfluss. Ganz sicher steht fest: Allein durch die Rettung des Weltklimas ist Biodiversität nicht zu retten!

Ausmaß des Insektensterbens

Auch wenn das Insektensterben komplex und regional differenziert ist – im Wesentli-



Pastinaken-Plattleibfalter – durch Nutzungsintensivierung fast überall verschwunden



Hufeisenklee-Widderchen: im freien Fall, weil hochempfindlich gegen Immissionen



Apollofalter: trotz Höchstschutz massiv rückläufig, weil sich die Lebensräume verändern



Berghexe: vom Aussterben bedroht, weil karge offene Flächen immer mehr zuwachsen

Fotos: Peter Lichtmannecker

chen läuft es immer darauf hinaus: Die rasant schwindende Verfügbarkeit und/oder Qualität der Habitate beraubt die Tiere zunehmend ihrer Existenzgrundlage.

In Deutschland stehen rund zwei Drittel der über 860 identifizierten Lebensraumty-

Bayern hat inzwischen rund 290 der 3.340 hier registrierten Schmetterlingsarten verloren – 9%!

pen auf der Roten Liste! Bayern hat inzwischen rund 290 der 3.340 hier registrierten Schmetterlingsarten verloren – 9%! Davon verabschiedeten sind allein seit 1970 fast genauso viele wie in den 200 Jahren zuvor. Eine erschreckende Dynamik.

Aufklärung dringend notwendig

Die Erkenntnis einer ökologischen Fundamentalkrise, deren Dimension weit über die Klimaproblematik hinausreicht, ist leider noch lange nicht ins Bewusstsein von Politik, Medien und Öffentlichkeit vorgedrungen. Eine Bildungsoffensive in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen sowie auch bei politischen Veranstaltungen täte also dringend not. Denn ohne Verständnis der Zusammenhänge wird es keine Forderung nach Veränderung und kein Verständnis für notwendige Gegenmaßnahmen geben.

Immerhin gibt es den überwältigenden Erfolg des bayerischen Volksbegehrens „Rettet die Bienen!“. Es ist ein Grund zur Hoffnung und hat ja auch schon Gutes bewirkt. Aber das kann nur ein Anfang gewesen sein,

denn das Ausmaß des Problems ist überregional.

Was jetzt passieren muss

Wenn das Lebensraumsterben der tiefere Grund des Artensterbens ist, kommt dem Lebensraumschutz (und nicht dem Schutz einzelner Arten oder Individuen) folglich höchste Priorität zu. In der EU wäre die mit Abstand wirkungsvollste Maßnahme dafür eine grundlegende Agrarreform, in der naturnahe und extensive Landbewirtschaftung

In Deutschland stehen rund zwei Drittel der über 860 identifizierten Lebensraumtypen auf der Roten Liste!

systematisch und vor allem anderen gefördert und intensiver Landbau von den Töpfen abgeschnitten wird.

Außerdem müsste eine vollumfängliche Preisgestaltung bei Lebensmitteln endlich zur Pflicht werden, indem sämtliche versteckte Kosten zulasten von Umwelt, Gesundheit und Wirtschaft eingepreist werden. Das würde die Preisspanne zwischen ökologisch und konventionell erzeugten Produkten auf einen Schlag minimieren und wäre ein Augenöffner für die Bevölkerung.

Dass das derzeitige Welternährungssystem ein verschleiertes Draufzahlgeschäft ist, bei dem die Gewinne privatisiert und die Kosten sozialisiert sind, hat die „Food and Land Use Coalition“ (FOLU) schon 2019 vorgerechnet. Immerhin haben es die Verbraucher auch selbst in der Hand, sich bewusst für den Kauf nachhaltiger Produkte zu entscheiden.

Weitere eminent wichtige Schlüsselforderungen sind der Rückbau des exorbitanten Flächenverbrauchs und die Renaturierung

Foto Wianze: Didgemann/pixabay.com



Susanne Aigner

Von Bienen und Ameisen: Insekten als Schlüssel für eine gesunde Ernährung

Telepolis, 30.11.2023

<https://telepolis.de/-9544303>

o. A.

Drastischer Insektenschwund in Deutschland

ARD alpha, 17.08.2022

www.t1p.de/61hye

Cordula Dieckmann

Für Insekten ist die Landwirtschaft

schädlicher als der Klimawandel

Geo, 14.10.2021

www.t1p.de/xy482

der Landschaft. Das fängt beim eigenen Garten oder Balkon durch Verzicht auf Chemie, „englischen Rasen“ und nicht-einheimische Pflanzen an, geht über insektenfreundliche Gestaltung kommunaler Flächen einschließ-

Die Erkenntnis einer ökologischen Fundamentalkrise ist noch nicht ins Bewusstsein von Politik, Medien und Öffentlichkeit vorgedrungen.

lich Straßenrändern bis hin zur Schaffung struktureller Vielfalt in der Agrarlandschaft und zur ausgiebigen Wiedervernetzung von Biotopen.

Es müssen also dicke Bretter gebohrt werden, und zwar schnell, und zwar schnell, alle sind gefordert. Denn die Natur braucht

uns nicht, aber wir sind auf Gedeih und Verderb von ihr abhängig. Wollen wir in unserem ureigensten Interesse hoffen, dass sich diese Einsicht doch noch rechtzeitig durch-

setzt!



LANDWIRTSCHAFT

Ökolandbau – der größte Hebel für den Artenschutz

Landwirtschaft und Artenschutz sind keine Gegensätze. Denn die Landwirtschaft profitiert von intakten Ökosystemen. Eine Kurskorrektur ist deshalb dringend nötig: weg von einer zunehmend industrialisierten Landwirtschaft hin zu einer bäuerlichen und biologischen. Dafür muss aber die Politik den Rahmen schaffen.

von Josef Schmid

Für alle überraschend verkündete am 3. April 2019 der bayerische Ministerpräsident Markus Söder die vollständige Übernahme des im Volksbegehren vorgelegten Gesetzentwurfs durch die Bayerische Staatsregierung. Am Abend beim Maibockanstich sagte er: „Heute haben wir die Bienen gerettet. Die Bauern gerettet. Uns selber auch.“

Letzteres war wohl der Hauptgrund für die überraschende Aktion, denn mit der Annahme hatte er das Thema zur Europawahl vom Tisch. Die Alternative, ein Gegenvorschlag zum Volksbegehren, hätte wesentlich mehr Anstrengung verlangt. Und der hätte so gut sein müssen, dass auch die Initiatoren des Volksbegehrens den Wählern beim Volkst-

scheid empfehlen, für den Vorschlag der Regierung zu stimmen.

AbL unterstützte Artenschutz-Volksbegehren

Doch zurück zum Anfang. Die Vorstandschaft der „Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“ (AbL) hatte beschlossen, das Volksbegehren zu unterstützen. Nach reiflicher Diskussion waren wir zur Erkenntnis gekommen, dass die Artenvielfalt und funktionierende Ökosysteme von existenzieller Bedeutung für die Landwirtschaft sind.

Auftretende „Unkräuter“, Schädlinge und Krankheiten seien auf das Fehlen natürlicher Gegenspieler zurückzuführen und somit als Störung der natürlichen Selbstregulierungs-

Josef Schmid

Jahrgang 1956, studierte Agrarwissenschaft und bewirtschaftete von 1985 bis 2019 einen Bauernhof – seit 1989 biologisch, den er an seinen Sohn und seine Schwiegertochter übergab. Seit Januar 2010 ist er einer von zwei Vorsitzenden des bayerischen Landesverbands der „Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“ (AbL) und seit 2020 für die ÖDP Kreisrat in Landshut.

www.abl-bayern.info

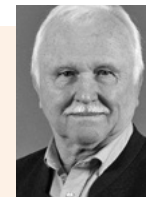


Foto: AbL/Gehrmann

Die „traditionelle bäuerliche Interessenvertretung“ wollte ursprünglich dem Volksbegehren nicht zu viel Aufmerksamkeit schenken, um nicht auch noch Werbung dafür zu machen. Durch Anrufe aufgeregter Mitglieder ließ man sich letztlich doch zu Gegen-

Artenvielfalt und funktionierende Ökosysteme sind von existenzieller Bedeutung für die Landwirtschaft.

kräften zu betrachten. Der Einsatz chemischer Mittel kann hier nur vordergründige Erfolge bringen, da die Ursachen nicht abgestellt und auch Nützlinge dezimiert werden. Zudem verursacht jeglicher Einsatz von Chemikalien früher oder später Resistenzen bei den getroffenen Organismen und in der Folge den Ruf nach neuen, stärkeren Mitteln.

Die Entscheidung, als einzige landwirtschaftliche Organisation das Volksbegehren zu unterstützen, löste nicht bei allen unseren Mitgliedern Begeisterung aus. Einige kündigten auch, was allerdings durch mindestens genauso viele Neumitglieder ausgeglichen wurde.

aktionen hinreißen und malte in gewohnter Weise sämtliche Horrorszenarien von Enteignung bis Zwangsumstellung und Untergang der abendländischen Landwirtschaft an die Wand. Publicity für das Volksbegehren, leider auch Anlass für einige peinliche Auftritte von Berufskollegen, gipfelnd in Pöbeleien einiger

Der Einsatz chemischer Mittel kann nur vordergründige Erfolge bringen, da die Ursachen nicht abgestellt und auch Nützlinge dezimiert werden.

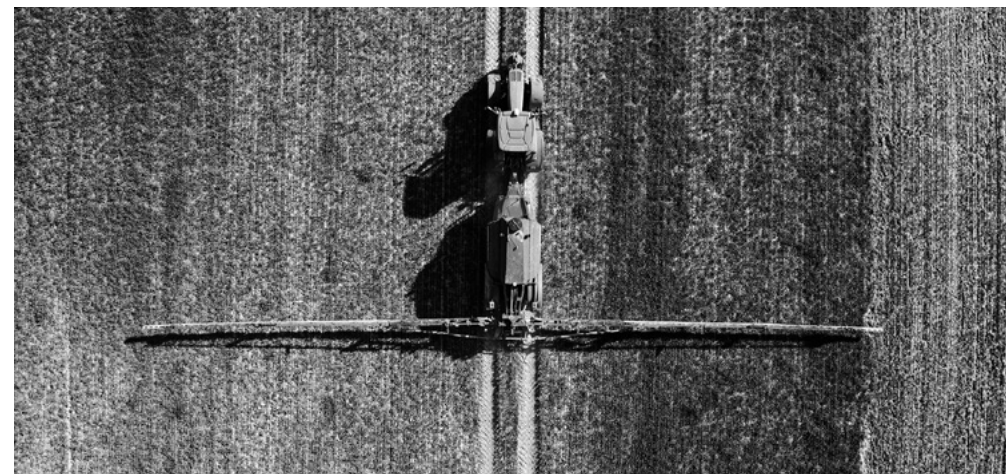


Foto: AbL/Gehrmann

Das Spritzen von Schädlingsbekämpfungsmittel ist nur eine kurzfristige Scheinlösung.



Foto: AbL/Meine Landwirtschaft

Landwirte demonstrieren in Berlin: Gegen die aktuelle Agrarpolitik! Für eine Agrarwende!

Jungbauerngruppen vor dem Münchner Rathaus, wo die Menschengruppen zur Unterschrift anstanden.

Bei den von Alois Glück geleiteten runden Tischen versuchten die Vertreter des Bauernverbands zu retten, was noch zu retten war, um seinen Mitgliedern Verhandlungserfolge präsentieren zu können. In langatmigen Diskussionsrunden wurde das Thema „Mähen von innen nach außen“ erörtert, als wollte man für diese Maßnahme zum Schutz von Rehkitzen auch noch Entschädigungen aushandeln.

Genauso unverständlich die Ablehnung von verpflichtenden Gewässerrandstreifen. Geht es doch auch darum, Eigentum und Existenzgrundlage der Bauern, den wertvollen Humus auf der Fläche zu halten. Was nützt ein um 5 Meter längerer Acker, wenn die Fruchtbarkeit des Bodens buchstäblich den Bach runtergeht? Wesentlich vernünftiger wäre, den Streifen gleich breit genug für die

Grünlandnutzung mit gängigen Maschinen zu machen oder weitere Ökoprogramme auf diesen Flächen umzusetzen.

Die von mir vorgetragene AbL-Position war, die Landwirte müssten nicht vor dem Volksbegehren gerettet werden, sondern vor den Auswirkungen der bisherigen Agrarpolitik. Es würde für die Artenvielfalt wenig bringen, ein paar Zierstreifen in die Landschaft zu fabrizieren, wenn weiter wie bisher immer intensiver und billiger zu Weltmarktpreisen produziert werden müsste.

Ökolandbau ist größter Hebel für Artenschutz

Zur 5-Jahres-Bilanz des Volksbegehrens Artenvielfalt stellten die Forschenden der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen neben beachtlichen Erfolgen bei Streuobstwiesen, Naturwäldern und Gewässerrandstreifen auch erhebliche Defizite fest. Vor allem bei den wirklich wichtigen Maß-

nahmen Biotopverbund, Pestizideinsatz und Ökolandbau.

Der Ökolandbau stellt den größten Hebel für den Artenschutz dar. Er bringt nicht nur Lebensräume in der Fläche, sondern würde zugleich helfen, das Ziel „Reduzierung des Pestizideinsatzes“ wirksam zu erreichen. Jeder zusätzliche Biobauer würde zudem auch den konventionellen Kollegen helfen, den Stickstoffeintrag in das Grundwasser zu reduzieren, die Märkte zu entlasten, das Niveau der Lebensmittelpreise und das Image der gesamten Landwirtschaft zu heben.

Chemikalien verursachen früher oder später Resistenzen und in der Folge den Ruf nach neuen, stärkeren Mitteln.

Leider belässt es unsere bayerische Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber dabei, Konventionell und Bio gegeneinander auszuspielen. Sie freut sich über 0,2% Zuwachs bei den Biobetrieben, mit dem Hinweis, andere Bundesländer hätten eine totale Stagnation bei den Umstellungen. Routinemäßig schiebt sie die Verantwortung an die Verbraucher ab und blendet dabei die Verantwortung von Staat und Kommunen als die größten Lebensmittel-Einkäufer völlig aus.

Verbindlich mindestens 30% Bio in allen staatlichen und kommunalen Einrichtungen, bei Empfängen und bei den Vergabekriterien für Wiesen-Beschicker zu fordern, würde Bauern, Handel und Caterern wesentlich mehr Verbindlichkeit liefern als das bisherige „Schau'n mer mal“.

Regierung verschiebt notwendige Maßnahmen

Momentan haben außer der Kantine des Landwirtschaftsministeriums nicht einmal

die der anderen Ministerien nennenswerte Bio-Anteile in der Verpflegung. Nach dem Aufschwung in den Corona-Jahren erlebten

Gewässerrandstreifen halten wertvollen Humus auf der Fläche. Was nützt ein 5 Meter längerer Acker, wenn der den Bach runtergeht?

wir nach Beginn des Ukraine-Kriegs und anschließender Inflation Rollbacks in ökologischen Bereichen.

Den Bauern als „Bürokratieabbau“ verkauft, werden ihnen die vermeintlichen Erleichterungen zwangsläufig wieder auf die Füße fallen. Die Probleme mit Artenschwund und Klimawandel sind nicht gelöst, notwendige Maßnahmen nur aufgeschoben. Die viel zitierte Resilienz der Lebensmittelversorgung hängt weniger von der Menge der produzierten Lebensmittel ab als von der Art der Produktion, möglichst unabhängig von internationalen Lieferketten.

Geschlossene Betriebskreisläufe, Tierhaltung auf Basis eigener Futtergrundlagen, eigene Düngerversorgung, vielfältige Frucht-

Die Landwirte müssen nicht vor dem Volksbegehren gerettet werden, sondern vor den Auswirkungen der bisherigen Agrarpolitik.

folgen und Sicherung der Lebensgrundlagen Wasser, Bodenfruchtbarkeit, Klima und Artenvielfalt sind die wirklichen Garanten für eine sichere Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln. Und zugleich auch für mehr Arten- und Klimaschutz.

Bienen und Bauern sind noch lange nicht gerettet. Ob Söder noch zu retten ist, sei dahingestellt. ■

AQUATISCHE LEBENSÄRÄUME

Gewässerrandstreifen – ein Erfolg des Volksbegehrens

Tier- und Pflanzenarten sowie deren natürliche Lebensräume zu bewahren, ist ein zentrales Anliegen der ÖDP. Denn das Artensterben ist eine Bedrohung unserer Lebensgrundlagen und kommt in seiner Dimension dem Klimawandel gleich. Auch in Bayern drohen viele Arten auszusterben, darunter viele aquatische Lebewesen, insbesondere Fische.

von Tobias Ruff

Ziel des von der ÖDP Bayern initiierten Volksbegehrens „Artenvielfalt & Naturschönheit in Bayern – Rettet die Bienen!“ war, durch eine Verbesserung des Naturschutzgesetzes den drei Hauptsachen für den alarmierenden Schwund der Biodiversität zu begegnen: Wir wollten die strukturelle Ausstattung der verschiedenen Lebensräume verbessern, den Einsatz von Pestiziden verringern und der Überdüngung weiter Teile der Agrarlandschaft entgegenwirken.

Schutz von Gewässerrandstreifen

Seit dem Erfolg des Volksbegehrens darf in Bayern auf mindestens 5 m breiten Gewässerrandstreifen keine ackerbauliche oder gartenbauliche Nutzung mehr stattfinden. Der Boden wird nicht mehr umgebrochen und liegt nicht mehr unbewachsen da. Grünlandnutzung ist hingegen weiterhin erlaubt.

Gewässerrandstreifen bilden durch ihre natürliche Vegetation einen Puffer zwischen Gewässer und landwirtschaftlich genutzten Flächen. Sie schließen sich an das Hochwasserbett an, beginnen also in der Regel an der Uferkante. Die positiven ökologischen Wirkungen von Gewässerrandstreifen sind viel-

Tobias Ruff

Jahrgang 1976, studierte Forstwirtschaft, arbeitete zunächst als Fischbiologe an der TU München und ist seit 2006 als Gewässerbiologe tätig – zuerst beim Bezirk Schwaben, heute beim Bezirk Oberbayern. Seit 1995 ist er ÖDP-Mitglied, seit 2010 Stadtrat in München und seit 2022 zusammen mit Agnes Becker Landesvorsitzender des ÖDP-Landesverbands Bayern. 2018 gehörte er zu den Initiatoren des Volksbegehrens „Rettet die Bienen!“.

tobias.ruff@oedp-bayern.de



Seit dem Volksbegehren darf in Bayern auf mindestens 5 m breiten Gewässerrandstreifen keine landwirtschaftliche Nutzung mehr stattfinden.

fältig und umfassen sowohl lokale als auch übergeordnete Vorteile für die Umwelt.

Während in den meisten Bundesländern Gewässerrandstreifen längst verpflichtend waren, waren sie in Bayern ein stark umkämpfter Eckpfeiler im Volksbegehren. Eine politische Dimension erfahren Gewässerrandstreifen durch das Gewicht der zwar

kleinbäuerlich strukturierten, wenngleich intensiven Landwirtschaft Bayerns.

Erhöhung der Wasserqualität

Intensive Landwirtschaft, Gewässerausbau und Wasserverschmutzung haben den Lebensraum vieler Fische und anderer aquatischer Organismen stark beeinträchtigt. Gewässerrandstreifen tragen hier als natürliche Schadstoffbarrieren gegen Dünger und Pestizide und als Sedimentfänge dazu bei, die

Gewässerrandstreifen bilden durch ihre natürliche Vegetation einen Puffer zwischen Gewässer und landwirtschaftlich genutzten Flächen.

Wasserqualität zu verbessern und die Lebensräume dieser Tiere zu stabilisieren. Die Randstreifen filtern Nährstoffe und Schadstoffe, die aus der Landwirtschaft in die Gewässer gelangen könnten.

Diese Pufferwirkung verhindert die Eutrophierung – hier also die Anreicherung des

Wassers mit Stickstoff und Phosphor –, was für die aquatischen Lebewesen von zentraler Bedeutung ist. Die terrestrischen Lebensräume wiederum sind fast immer über ein Gewässernetz miteinander verbunden.

Stabilisierung der Lebensräume

Die Pflanzen an den Gewässerrändern stabilisieren die Ufer und verhindern die Erosion durch Wasserströmung oder Regen. Dies schützt die Gewässer vor Verschlammlung und trägt so zum Erhalt des Lebensraums für Fische bei. Gewässerrandstreifen ermöglichen zudem die natürliche, eigendynamische Entwicklung von Gewässern. Sie fördern die Selbstregulation von Flüssen und Bächen, was die Gewässerstruktur verbessert, die Entstehung neuer aquatischer Biotopie erlaubt und für aquatische Lebewesen damit stabilere Lebensräume schafft.

Erhöhung der Artenvielfalt

Gewässerrandstreifen bieten vielen Arten einen wichtigen Lebensraum, darunter Vögeln und zahlreichen Insekten wie Bienen



Luftbild: Klaus Leidorf

und Schmetterlingen. Sie schaffen Korridore, die eine Wanderung von Tieren und Pflanzen zwischen verschiedenen Lebensräumen ermöglichen.

Verbesserung des (Mikro-)Klimas

Bäume und Sträucher in Gewässerrandstreifen speichern Kohlenstoff und tragen so zur Minderung des Klimawandels bei. Die aqua-

Gewässerrandstreifen bieten vielen Arten einen wichtigen Lebensraum, darunter Vögeln und Insekten wie Bienen und Schmetterlingen.

tischen Ökosysteme werden resilienter, da die Gewässerrandstreifen helfen, das Mikroklima zu regulieren und Schutz vor den negativen Auswirkungen von extremen Wetterereignissen wie Überschwemmungen und Dürren bieten.

Bessere Vernetzung von Biotopen

Randstreifen sind nicht nur Pufferzonen für Gewässer, sondern auch ein integraler Bestandteil eines überregionalen ökologischen Netzwerks. Sie spielen eine entscheidende Rolle in der Vernetzung von Biotopen und sind ein Schlüsselement für das langfristige Überleben vieler Tier- und Pflanzenarten.

Durch das Volksbegehren wurde in Bayern das Ziel festgeschrieben, einen Biotopverbund zu etablieren, der 15% der Landesflächen umfasst. Durch ihre Integration in den



Luftbild: Klaus Leidorf

Gewässerrandstreifen schaffen Korridore, die eine Wanderung von Tieren und Pflanzen zwischen verschiedenen Lebensräumen ermöglichen.

Biotopverbund tragen Gewässerrandstreifen maßgeblich dazu bei, isolierte Lebensräume zu verbinden und so die genetische Vielfalt und Resilienz der Ökosysteme zu stärken.

Ziel erreicht!

Die Wasserwirtschaftsverwaltung und die Naturschutzbehörden in Bayern waren von Anfang an von den positiven Wirkungen der Gewässerrandstreifen überzeugt. Nach anfänglichen Diskussionen mit den Landwirten über nötige Förderinstrumente und über die Frage, was denn überhaupt als Gewässer gilt, wurden daher zügig flächendeckend Gewässerrandstreifen eingerichtet. Deshalb eindeutig: Ziel erreicht! Gewässerrandstreifen sind ein Erfolg! Unser Erfolg! ■



Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz

Gewässerrandstreifen in Bayern

Informationen zur Umsetzung des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“, März 2023

www.lfu.bayern.de/wasser/gewaesserrandstreifen

URBANES KLEIN-BIOTOP

„Gute Vernetzung und große Neugier sind das Wichtigste“

In der Südostecke des Münchner Prinz-Eugen-Parks befindet sich ein ca. 25x25 m großes eingezäuntes Biotop mit alten Bäumen, dichten Büschen und einem Teich. Seit 2023 wird es von der Kreisgruppe München des BUND Naturschutz und einer Biotop-Patin betreut.

Interview mit Sonja Jelineck

ÖkologiePolitik: Frau Jelineck, wie kam es zu diesem Biotop?

Sonja Jelineck: Eingezaunt wurde das Areal vom Baureferat Gartenbau wegen der großen abgestorbenen Pappel in der Mitte. Denn die ist nicht mehr standsicher, könnte umkippen und stellt somit ein hohes Sicherheitsrisiko dar. Sie sollte aber erhalten bleiben, weil Totholz für viele Insekten, Vögel und andere Tiere einen hohen Nutzwert hat. Das war ein Grund für die Umzäunung. Der andere Grund war der von Prinz-Eugen-Park-Bewohnern geäußerte Wunsch nach einer Trinkstelle für die im Park lebenden Tiere. Das passte gut zusammen. Deshalb hat das Baureferat Gar-

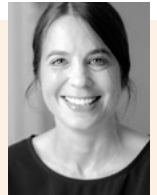
„Viele Amphibien sind recht ‚anspruchsvoll‘. Nur wenn wir ihre Bedürfnisse erfüllen, kommen und bleiben sie.“

tenbau dort einen Teich angelegt, für den wir dann die Pflege übernommen haben. Vor allem, weil es hier vor nicht allzu langer Zeit noch sehr viele Frösche und Kröten gegeben haben soll. Am Tannhäuserplatz – nur etwa 50m entfernt von hier – gab es früher einen Teich, der leider zugewachsen und somit als

Sonja Jelineck

Jahrgang 1975, studierte zunächst Magister Geschichte, Politikwissenschaft, Französisch sowie Jura und war anschließend in der Unternehmensberatung, Entwicklungszusammenarbeit und Diplomatie tätig. Dann studierte sie Master Osteopathie sowie Bachelor Heilpädagogik und arbeitet seit 2024 als Heilpädagogin. Sie wohnt im Münchener Prinz-Eugen-Park und übernahm 2023 die Patenschaft für das darin liegende Biotop.

info@bn-muenchen.de



Lebensraum und Laichplatz unbrauchbar geworden ist.

Warum legen Sie jetzt noch einen zweiten Teich an?

Um konkurrenzschwache Arten wie die Wechselkröte anzulocken. Die wollen keine tiefen, mehrjährigen Gewässer mit viel Bewuchs, Konkurrenz und Fressfeinden, sondern besiedeln gerne flache Gewässer mit Pioniercharakter, wenig Bewuchs und frischem Wasser. Sandige oder kiesige Bereiche mögen sie auch. Und sie brauchen viel Sonne. Dementsprechend wird der zweite Teich gestaltet. Wir wissen, dass es zwei jeweils rund 1 km entfernte Wechselkröten-Populationen gibt – und somit könnte das klappen. Eine Garantie gibt es dafür natürlich nicht, aber wir geben unser Bestes.



Fotos: Günther Hartmann

Das Biotop ist durch einen Maschendrahtzaun vom öffentlichen Grün getrennt. So haben die Tiere einen ungestörten Rückzugsort.

Die müssen dazu aber über eine viel befahrene Straße.

Ja, aber das machen sie. Und das schaffen auch viele. Wechselkröten wandern mehrere Kilometer weit, manchmal bis zu 10 km.

Pflegen Sie nur den Teich oder das ganz Biotop?

Vor allem den Teich und Uferbereich. Am Zaun sammeln wir vom Wind angeblasenen Müll. Ins Gehölz gehen wir aber kaum, vor allem nicht während der Vogelschutzzeit von März bis September, denn das ist eine Brutstätte für viele Vogelarten. Und generell ein wertvoller Rückzugsraum für Tiere.

Wem gehört das Areal eigentlich? Und wie sind Sie dazu gekommen?

Es gehört – wie auch der restliche Park – der Stadt München. Das Baureferat Gartenbau hat mit der Kreisgruppe München des BUND Naturschutz und einer ehrenamtlichen Patin – nämlich mit mir – eine offizielle Patenschaftsvereinbarung geschlossen. Die Kreisgruppe übernimmt die Kommunikation mit den städ-

tischen Referaten, berät ehrenamtliche Helfer, koordiniert größere Maßnahmen und bindet externe Fachleute ein. Größere Maßnahmen wie die Anlage der Teiche sprechen wir vorher mit dem Baureferat ab. Wir erhalten auch viel materielle Unterstützung in Form von Sand, Schotter, Steinen, Baumstämmen usw. Und vom Referat für Klima- und Umweltschutz (RKU) werden wir über zwei Förderprogramme finanziell unterstützt, sodass wir Honorar- und Sachkosten wie z. B. für Teichfolie, Vlies und Werkzeuge sowie für Layout und Druck der Schilder finanzieren können.

Warum muss ein Biotop eigentlich gepflegt werden? Warum wird es nicht sich selbst überlassen?

Weil wir die Biodiversität erhöhen und bedrohte Tierarten retten wollen. Die Wechselkröten haben wir ja schon angesprochen: Die gab es hier früher, dann wuchs der Teich zu und sie verschwanden. Wir haben uns hier klare Prioritäten gegeben: zum einen die Vö-

gel, zum anderen die Amphibien. Viele Amphibien sind recht „anspruchsvoll“, was ihren Lebensraum betrifft. Nur wenn wir ihre Bedürfnisse erfüllen, kommen und bleiben sie – hoffentlich. Es ihnen recht zu machen, be-

„Wir wissen noch nicht so genau, was hier gut und was weniger gut funktioniert. Da müssen wir einfach viel ausprobieren.“

deutet viel Arbeit. Und wir wissen noch nicht so genau, was hier gut und was weniger gut funktioniert. Letztes Jahr hatten wir z. B. mehr Molche als dieses Jahr. Die Ursachen können wir nur vermuten. Da müssen wir einfach auch viel ausprobieren. Es dauert auch oft Jahre, bis sich natürliche Gleichgewichte einpendeln – gerade bei Teichen. Glücklicherweise haben wir gute Berater, die uns wertvolle Tipps geben und uns immer wieder motivieren.

Hier liegen auch viele Dachziegel und Betonsteine rum. Wieso?

Die dienen Amphibien, Eidechsen und Insekten als Verstecke. Vor allem die kleinen Hüpferlinge brauchen das, wenn sie aus dem Teich zum Gehölzrand oder in die angrenzenden Blühflächen wollen. Ohne Sichtschutz würden sie von den Vögeln gefressen. Die unansehnlichen Betonsteine werden auch noch verbaut, wenn wir einen geeigneten Platz für sie haben, sodass vor allem die schöneren Natursteine sichtbar sind.

Was gibt es denn hier für Tiere?

Erdkröten und Grasfrösche gibt es viele, auch wenn die sich tagsüber gut verstecken. Auch Bergmolche und Teichmolche. Zahlreiche Insekten natürlich, darunter Libellen. Und es kommen viele Vögel zum Trinken her, auch seltene Arten wie der Eichelhäher, Grünspecht, Buntspecht, Rotkehlchen, Zaunkönig, Grasmücken und diverse Meisenarten – wie erwähnt, brüten manche hier auch. Und



Der alte Teich (vorn links) und der neue Teich (hinten rechts) bieten unterschiedliche Wasserqualität für unterschiedliche Amphibien.

Säugetiere gibt es: mindestens einen Fuchs und viele Igel.

Die Amphibien wurden aber von Ihnen nicht ausgesetzt?

Nein, die kommen von selbst. Wenn man den Teich beobachtet oder in die Verstecke schaut, entdeckt man sie. Letztes Jahr hatten wir sehr viele Kaulquappen, dieses Jahr zwar 15 Laichballen vom Grasfrosch und eine Erdkrötenlaichschnur, aber nur wenige Kaulquappen.

Woran lag das?

Da können wir nur spekulieren. Einige Wochen lebten zwei Enten am Teich und haben womöglich die meisten Kaulquappen gefressen. Deshalb wollen wir im kommenden Sommer ein Netz oder ein Gitter über den Teich legen. Es kann aber auch sein, dass zu viele Fressfeinde im Teich waren, z. B. Libellenlarven und Rückenschwimmer. Um es für möglichst viele Amphibien attraktiv zu machen, bauen wir jetzt ein richtiges Teichsystem: Der neue Teich liegt etwas höher, ist flach und hat einen Überlauf zum alten Teich. Und der hat wiederum einen Überlauf nach hinten in den Kiesbereich. So bleibt das Wasser in Bewegung und hat verschiedene Qualitäten. Im oberen Teich gibt es durch regelmäßiges Auslassen weniger Fressfeinde.



Die Wechselkröte ist in Bayern vom Aussterben bedroht.



Bayerisches Landesamt für Umwelt
Wechselkröte (Bufotes viridis)
www.t1p.de/j3448

Der dauerhafte Teich hat auch einen Wert für bestimmte Amphibien – aber eben nicht für alle. Vor allem nicht für die Wechselkröte. Die bevorzugt einjähriges Wasser.

Wie hoch ist denn der zeitliche Aufwand für die Biotop-Betreuung?

Wenn wir den sehr aufwendigen Bau der Teiche ausklammern: rund 3 Stunden pro Woche von Frühjahr bis Herbst. Ich teile mir die Arbeit vor allem mit meiner BUND-Kollegin

„Es dauert oft Jahre, bis sich natürliche Gleichgewichte einpendeln – gerade bei Teichen.“

Simone Paffrath. Und wenn größere Arbeiten anstehen, fragen wir rechtzeitig vorher in unserer Kreisgruppe oder im AK Ökologie, einem ehrenamtlichen Arbeitskreis der Prinz-Eugen-Park-Bewohner, nach Helfern. Da kommen dann auch immer einige Leute dazu.

Interessieren sich die Prinz-Eugen-Park-Bewohner für das Projekt?

Ja, sehr. Durch den Maschendrahtzaun ist das Biotop ja gut sichtbar. Der Zaun dient in erster Linie der Bewohner-Sicherheit, ist aber auch für die Tiere eine gute Lösung. Die Fläche ist so vor Menschen und Hunden geschützt, Amphibien, Igel und auch der Fuchs kommen aber unten durch. Unser Projekt soll aber nicht nur den Tieren dienen, sondern auch die hier lebenden Menschen für die Thematik sensibilisieren und begeistern. Die sollen etwas über die Natur in ihrer unmittelbaren Umgebung lernen. Deshalb haben wir am Zaun

Foto Kröte: Nobbip/commons.wikimedia.org/CC-BY-SA 3.0



Am Zaun hängende Tafeln informieren über Biotop und Tiere.

auch verschiedene Infotafeln und Bilder der in Bayern vorkommenden Amphibien aufgehängt. Und wir kriegen sehr viel Feedback.

„Der Zaun dient in erster Linie der Bewohner-Sicherheit, ist aber auch für die Tiere eine gute Lösung.“

Wenn wir da sind, steht das Tor offen. Dann bleiben vorbeikommende Leute stehen und stellen Fragen. Kinder kommen rein und helfen beim Algenfischen. Als die Feuerwehr den Teich mit Wasser befüllt hat, bildete sich sofort eine große Menschentraube – und alle fanden das toll.

Wo haben Sie beide denn Ihr Know-how her?

Wir sind gut vernetzt, im BUND Naturschutz oder anderen Naturschutz-Organisationen findet sich eigentlich immer jemand,



Fotos: Günther Hartmann

der wertvolle Tipps geben kann. Vor allem Stefan Freiburger, ortsansässiger Amphibienexperte, der seit Jahrzehnten die Biotope am Denninger Anger betreut, hat uns intensiv beraten und auch beim Teichbau geholfen. Aber auch von den Referaten der Stadt kamen immer wieder hilfreiche Ratschläge.

Wenn Ihnen nun jemand nahefeiern möchte – was würden Sie ihm raten?

Auf jeden Fall vorher mit vielen Leuten sprechen, die da schon Erfahrungen gemacht haben. Davon kann man nur profitieren. Und jeder kennt wieder jemanden, der jemanden kennt ... Eine gute Vernetzung und große Neugier sind das Wichtigste.

Frau Jelineck, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. Und viele Wechselkröten im nächsten Jahr!

Das Interview wurde am 31. Juli 2024 geführt.

BUNDESVORSTAND

Begeisterung für enkeltaugliche Politik

Liebe Freundinnen und Freunde der ÖDP,

gestatten, ich bin Ihr/Euer neuer Bundesvorsitzender und darf mich kurz vorstellen:

Günther Brendle-Behnisch, 69 Jahre alt, verheiratet, drei Kinder und stolzer Opa von sieben Enkelkindern. Damit habe ich praktisch das erste Stichwort für meine Arbeit in der Partei – die bisherige und die neue als Bundesvorsitzender – geliefert: „Enkeltauglichkeit“! Das ist das Markenzeichen der ÖDP: keine Politik mit dem für Politiker üblichen Horizont „nächster Wahltag“, sondern eine Politik des langen Atems und des Weitblicks für die nächste und übernächste Generation – eben „enkeltauglich“ –, für die Menschen und für diese Welt, zur Bewahrung der Schöpfung, damit auch unsere Enkelkinder noch in einer lebenswerten Welt mit intakter Natur gut leben können. Damit ist das Programm der ÖDP das zukunftsweisendste, das es gibt – nicht altmodisch oder verstaubt, sondern bereit für übermorgen.

Noch kurz zu den restlichen Personalien: Beruflich – sozusagen im ersten Leben – bin ich Diplom-Kaufmann und war mittelständischer Unternehmer; im zweiten Leben war und bin ich Pfarrer und Lehrer – jetzt im Ruhestand; und nun stehe ich im dritten Leben, als Politiker. Ich bin Stadtrat und war bis vor ein paar Wochen zusätzlich Kreisrat – dieses Amt habe ich nun jedoch niedergelegt, um mich besser auf mein neues Amt als Parteivorsitzender konzentrieren zu können.

Früher als erwartet waren wir als neuer ÖDP-Bundesvorstand gefordert, einen Bundestagswahlkampf zu managen. Dabei konn-

ten wir unser erstes Ziel, das wir uns vorgenommen hatten, erreichen: Diese Wahl unter den teilweise extrem erschwerten Bedingungen so gut wie möglich zu bestreiten. Natürlich war unter diesen Umständen ein Bundestagsmandat nicht zu erreichen, aber es war trotzdem wichtig, zu dieser Wahl anzutreten und uns mit unserem Programm

Das Programm der ÖDP ist bereit für übermorgen.

als eine echte Alternative für ein gutes Leben für alle zu präsentieren – im Gegensatz zum sonstigen Politikprogramm-Einerlei oder zu den extremen Positionen anderer, die sich „Alternative“ nennen, aber zumindest keine wählbare Alternative bieten. Mit begrenzten Mitteln, aber einem herausragenden persönlichen Engagement vieler Menschen in unserer Partei haben wir das auch geschafft, haben wir uns bekannt gemacht, wo es ging und uns zumindest für weitere Wahlen empfohlen.

Mit diesem ersten Ziel war auch unser zweites Ziel verbunden: Wir wollten und wollen präsent sein, Sie und Euch unterstützen im Wahlkampf vor Ort, Sie und Euch persönlich kennenlernen und gemeinsam für unsere Partei und die Verwirklichung unseres Programms kämpfen. Das haben wir getan. Natürlich konnten wir nicht überall sein; dazu hätte die Zeit auch nicht gereicht. Aber das Kennenlernen wollen wir jetzt fortsetzen, auf Sie und Euch zugehen, ins Gespräch mit



Günther Brendle-Behnisch

Euch kommen. Dazu wollen wir Euch gerne besuchen – bitte, ladet uns ein – zu Vorträgen, Kundgebungen, Aktionen usw. Wir haben aber auch einige Online-Formate in Planung, um persönlich mit Euch zu diskutieren und Impulse aufzunehmen. Kurz, wir wollen Euch wieder begeistern für unsere Partei, neuen Elan hineinbringen und erlebbar machen: Es lohnt sich, sich für unsere ÖDP einzusetzen! Denn nur begeisterte Menschen können auch andere begeistern, ebenfalls mitzumachen, beizutreten und unsere ökologische Idee wieder zum Hauptthema der Politik zu machen; aber auch das Bewusstsein zu schärfen, dass wir ohne eine Kehrtwende hin zum entschiedenen Klimaschutz, zum Schutz der Artenvielfalt und gesellschaftlich zu einer gemeinwohlorientierten Politik – eben dem guten Leben für alle – unsere Welt gegen die Wand fahren.

Dafür haben wir durchdachte Lösungen: Wir müssen wegkommen von einer neoliberalen und deregulierten Wirtschaft, die nur ein Ziel kennt, das der Gewinnmaximierung und dem Zwang zu immerwährendem Wachstum. Dabei wissen wir es längst: Auf einem begrenzten Planeten kann es kein unbegrenztes Wachstum geben! Und darum kann dieses System nicht funktionieren, sondern es produziert zwangsläufig Verlierer: unsere Umwelt, das Klima, den globalen Süden und natürlich die Zukunft unserer Kinder und Enkel. Und darum kann auch nur unser Programm einer Wirtschaft ohne Wachstumszwang, einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft und einer Gemeinwohl-Gesellschaft die Lösung unserer globalen Probleme sein. Darauf wollen wir hinarbeiten und unser Programm bekannt machen.

Zu den weiteren Zielen des neuen Bundesvorstands gehört natürlich auch die Konsolidierung unseres Finanzhaushalts. Da haben wir nach dem EU-Wahlkampf 2024 ein schweres Erbe angetreten und sind eigentlich zum Sparen gezwungen. Aber es ginge auch

anders: Wenn wir die Einnahmenseite erhöhen, dann können wir uns auch wieder mehr leisten. Eine gute Möglichkeit sind Spenden, eine noch bessere sind neue Mitglieder. Da wären wir wieder bei der Begeisterung: Wenn wir es schaffen, die Menschen wieder neu für

Eine gute Möglichkeit sind Spenden, eine noch bessere sind neue Mitglieder.

unsere Werte und Ziele zu begeistern, dann werden wir auch finanziell bald wieder besser dastehen und mehr für unsere enkeltaugliche Politik einsetzen können. Überzeugung lohnt sich also auf der ganzen Linie!

Noch ein Ziel: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ja, wir können derzeit keine großen Sprünge machen und nicht jede sinnvolle Stelle besetzen. Aber auch hier können wir konsolidieren und gemeinsam im Team die Arbeit optimal gestalten. Und wo immer es möglich ist, verstärken wir uns mit neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Zunächst ist Martin Truckenbrodt wieder in seinem Amt als IT-Referent. Lucia Fischer haben wir in die Assistenz des geschäftsführenden Bundesvorstands geholt. Für die Social-Media-Arbeit ist bereits seit Dezember letzten Jahres Rita Hinterleitner tätig. Ihre Arbeit wird bald ergänzt durch unseren neuen Mitarbeiter, Tobias Theiss, der im Juni zu uns stoßen wird und neben der Social-Media-Arbeit bzw. Öffentlichkeitsarbeit auch im IT-Bereich einsetzbar sein wird.

Es ist viel zu tun und wir müssen die Partei weiterentwickeln, aber wir sind damit nun auf einem guten Weg. So freuen wir uns, hier für den Aufbau unserer ÖDP zu arbeiten und gemeinsam mit Ihnen/Euch weitere Ziele zu erreichen.

Ihr/Euer neuer Bundesvorsitzender
mit dem gesamten Bundesvorstand

EUROPAPARLAMENT

Neues von unserer Europa-abgeordneten Manuela Ripa

Ich möchte mich bei allen bedanken, die mich im vergangenen, auch aufgrund des Wahlkampfes sehr anspruchsvollen und herausfordernden Jahr unterstützt haben. Es stehen viele Herausforderungen gerade auf europäischer Ebene an, die ich gerne gemeinsam mit Ihnen/Euch angehen und meistern möchte. Ich stelle Ihnen/Euch in diesem Beitrag mein Team vor und ziehe Bilanz über die vergangenen Monate in der neuen Fraktion.

Meine Büroleiterin in Brüssel ist Margarethe Richter. Sie hat langjährige Erfahrungen im Europäischen Parlament und war bereits Büroleiterin und Assistentin mehrerer österreichischer und deutscher Europaabgeordneten. Margarethe betreut auch meine Arbeit als Mitglied des Ausschusses für Kultur und Bildung sowie den Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter; ebenso meine Arbeit in der Tierschutzgruppe des Europäischen Parlaments (Animal Welfare Intergroup).

Ebenfalls in Brüssel arbeitet Isabel Guzman Biering. Sie verfügt auch über langjährige Erfahrungen als akkreditierte Assistentin im Europäischen Parlament und betreut den Ausschuss für Umweltfragen und Lebensmittelsicherheit sowie den Ausschuss für öffentliche Gesundheit, außerdem die Delegation für die Beziehungen zu den Ländern des Mercosur und die Delegation im Parlamentarischen Ausschuss Cariforum-EU (Karibikstaaten). Nicht zuletzt kümmert sie sich um die Pressearbeit meines Abgeordnetenbüros.

Kirsten Elisabeth Jäkel ist von Berlin aus die Ansprechpartnerin für die Vermittlung der politischen Willensbildung zwischen Par-

tei und Mandat und daher insbesondere die Schnittstelle zu den Bundesarbeitskreisen (BAKs) und für die politische Kommunikation. Ebenfalls von Berlin aus arbeitet Claude Kohnen und verfasst Texte für meine Öffentlichkeitsarbeit, beantwortet Bürgeranfragen

Es geht doch vor allem darum, ob wir unsere Positionen durchsetzen können.

und kümmert sich um die Organisation von Besuchergruppen. Simone Lettenmayer arbeitet von München aus, um im Bereich Soziale Medien und IT-Fragen zu unterstützen. Das Saarbrücker Wahlkreisbüro wird von Thomas Escher betreut.

Die Kontaktdaten meiner Mitarbeiter finden Sie auf meiner Webseite www.manuela-ripa.eu unter Kontakt.

Neun Monate nach der Europawahl ziehe ich eine positive Bilanz meiner bisherigen Arbeit in der neuen Legislaturperiode. Durch meinen Wechsel zur EVP-Fraktion ist es nun möglich, die Debatte zu Themen der Ökologie und der Nachhaltigkeit bereits in den entsprechenden Arbeitsgruppen der Fraktion vorzulegen und so von Beginn an wichtige ökologische Themen mit einzubringen. Nachdem wir als ÖDP zwei Legislaturperioden in der Fraktion von Greens/EFA verbracht haben, mussten wir leider feststellen, dass der Einfluss dieser Fraktion – obwohl zahlenmäßig in den letzten fünf Jahren noch stärker als heute – de facto doch zu gering war. Nach der



Treffen zum Postwachstum mit Friends of the Earth Europe, der Wellbeing Economy Alliance, dem European Environmental Bureau, dem European Youth Forum und Beyond Growth Europe

letzten Europawahl schrumpfte der Einfluss auch numerisch. Nur dort, wo es gelang, auch die Abgeordneten der Mehrheitsfraktion zu gewinnen, konnten noch inhaltliche Erfolge erzielt werden.

Und genau das war und ist der größte Beweggrund für meinen Fraktionswechsel zur EVP. Es geht doch vor allem darum, ob wir unsere Positionen durchsetzen können. Das ist mein oberstes Anliegen, und deswegen hatte ich in Absprache mit der Spitze des ÖDP-Bundesvorstands und mit den Vorsitzenden der großen Landesverbände den Wechsel in die Fraktion der EVP vollzogen. Wichtig zu erwähnen ist, dass es keinen Fraktionszwang bei den Abstimmungen gibt – ich werde also weiterhin ökologisch abstimmen und meine Themen genauso deutlich vertreten wie bisher.

Schön ist es auch, Brückenbauerin für Natur- und Umweltschutzverbände zu sein. So hatte ich bereits mehrere Treffen mit Organisationen aus diesem Bereich, und dieser Austausch wird fortgesetzt. Dies wäre bei einem

Verbleib in der vorherigen Fraktion in diesem Maße nie zustande gekommen.

Meine Schwerpunkte und Ausschüsse

Meine Themenschwerpunkte bleiben:

- 1. Artenschutz und Schutz der Biodiversität**
- 2. Tierschutz** (ich bin nach wie vor Vizepräsidentin der Tierschutzgruppe des Europäischen Parlaments)
- 3. Verbraucherschutz** – insbesondere Schutz von Kindern und Jugendlichen vor gefährlichen Chemikalien sowie vor ungesunden Produkten
- 4. Klimaschutz**
- 5. Mentale Gesundheit und Bildung** – dabei ganz besonders der Kampf gegen irreführende Algorithmen sowie gegen die Suchtgefahr für Kinder und Jugendliche in Sozialen Medien

Ich bin Vollmitglied im Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT) und wie zuvor auch stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und

Lebensmittelsicherheit (ENVI) sowie im Ausschuss für öffentliche Gesundheit (SANT). Zudem bin ich stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM). Außerdem bin ich seitens des Europäischen Parlaments dazu ernannt, im Ausschuss für öffentliche Gesundheit (SANT) Ansprechpartnerin für den Petitionsausschuss (PETI) zu sein und dessen Anliegen in den Ausschuss für öffentliche Gesundheit einzubringen.

Genauso wie bei der Fraktion Greens/EFA gibt es auch bei der EVP de facto bei der Berichtsvergabe und Redezeitvergaben keine Unterscheidung zwischen Vollmitglied und stellvertretendem Mitglied.



Foto: Constantin Schutz

Im Umweltausschuss bin ich zurzeit Berichterstatterin für eine Stellungnahme für den Landwirtschaftsausschuss (AGRI) zum Wohlergehen von Hunden und Katzen. Hier wird es insbesondere darum gehen, den illegalen Welpenhandel zu beenden und die Tiere besser zu schützen. Außerdem bin ich in meiner Fraktion zuständig für den Bericht zu nachhaltigeren Wasch- und Reinigungs-

mitteln. Im Ausschuss für Kultur und Bildung bin ich für meine Fraktion zuständig für die Europäischen Schulen, wo es auch um die Eingrenzung der Nutzung von Mobiltelefonen an Schulen geht.

Außerdem bin ich Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern des Mercosur (also für Brasilien, Argenti-

Ich möchte gegen ausbeuterische und umweltfeindliche Freihandelsabkommen kämpfen.

nien, Paraguay, Uruguay und Bolivien). Diese Delegation möchte ich nutzen, um gegen ausbeuterische und umweltfeindliche Freihandelsabkommen zu kämpfen. Zusätzlich gehöre ich stellvertretend der Delegation im Parlamentarischen Ausschuss Cariforum-EU (Karibikstaaten) an. In der EFA, einem Zusammenschluss regionaler Parteien, bin ich weiterhin Mitglied.

Aktuell bemühe ich mich zusammen mit Nichtregierungsorganisationen darum, Kollegen zu gewinnen, um eine ständige Arbeitsgruppe im Europäischen Parlament zum Thema „Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen“ zu etablieren (siehe Foto).

Alle meine aktuellen Themen und Redebeiträge sind auf meiner Webseite sowie auf meinen Kanälen in den Sozialen Medien zu finden:

- Webseite: www.manuela-ripa.eu
- Facebook: <https://www.facebook.com/ripamanuela/>
- Instagram: <https://www.instagram.com/manuela.ripa/>
- X: <https://x.com/RipaManuela>
- Bluesky: <https://bsky.app/profile/manuelaripa.bsky.social>
- YouTube: https://www.youtube.com/@ManuelaRipa_MdEP

LANDESVERBÄNDE

Baden-Württemberg

Gute Presseresonanz auf die Unterschriftensammlung zur Bundestagswahl

Bereits vor dem Ende der Ampelregierung hatte die ÖDP Baden-Württemberg die Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl auf den 30.11.2024 terminiert. Sofort danach wurde alles darangesetzt, die für die Zulassung der Landesliste notwendigen 2.000 Unterstützungsunterschriften zu sammeln. Die ganz offensichtliche Benachteiligung der nicht im Bundestag vertretenen Parteien durch die extrem verkürzte Frist für die Aufstellung der Wahllisten und Sammlung der Unterschriften, deren geforderte Zahl zunächst unverändert blieb, führte zu einer guten Presseresonanz bis hin zum SWR und zur ARD (tagesschau.de, 18.12.2024: www.t1p.de/0btzh).

Intensive Öffentlichkeitsarbeit zu „Leben mit Zukunft“

Nach der Bundestagswahl wird sofort zielgerichtet die Landtagswahl im Frühjahr 2026 in Angriff genommen. Dabei soll der Claim „Leben mit Zukunft“ intensiv bekannt gemacht werden: zunächst Befragung möglichst vieler Menschen, was ihnen bei „Leben mit Zukunft“ in den Sinn kommt, dann künstlerische Umsetzung des Claims im Rahmen eines Preisausschreibens und schließlich öffentlichkeitswirksame Aktionen und Präsentation der Ergebnisse.

Einzelheiten zur Durchführung der verschiedenen Schritte werden im März bekannt gegeben. Auch andere Landesverbände sind eingeladen, sie durchzuführen und sich darüber auszutauschen. Ansprechpartner ist der Regionalbeauftragte Matthias Dietrich.



Nachruf für Ute Kefer

Wir können es noch nicht begreifen – Ute Kefer, du bist von uns gegangen. Plötzlich und völlig unerwartet bist du verstorben. Deine fröhliche, tatkräftige und wertschätzende Art war dein Markenzeichen. Du hast dich überall engagiert – ob vor Ort in Teningen in deinem Kindergarten oder im Pfarrgemeinderat, im ÖDP-Kreisverband oder im ÖDP-Landesvorstand. Noch ein paar Tage zuvor nahmst du als geschätztes Mitglied an der Klausur des Landesvorstands und am Bundesparteitag teil. Zusammen mit deinem Mann warst du unterwegs für Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Stets mit Zuversicht und tiefem Gottvertrauen. Dafür liebten wir dich und so wirst du in unseren Herzen in Erinnerung bleiben.

Mit stiller Anteilnahme:
Für den KV Emmendingen
Wolfram Wiebe und
Bürgermeister Markus Hollemann
sowie für den Landesvorstand
Matthias Dietrich

Aufstellung der Liste zur Landtagswahl: Zugkräftige Kandidatinnen und Kandidaten gesucht!

Am 10. Mai finden der Landesparteitag und die Versammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl als formal getrennte Versammlungen statt. Alle Kreisverbände müssen für diese Versammlung ihre Delegierten eigens wählen (idealerweise im

ersten Quartal 2025). Falls turnusmäßig Delegiertenwahlen für den Landesparteitag nötig sind, führen Sie diese bitte ebenfalls durch.

Wir wollen einen personenbezogenen Wahlkampf führen und benötigen dafür möglichst in der Öffentlichkeit bekannte und geschätzte Kandidatinnen und Kandidaten. Bitte sprechen Sie frühzeitig geeignete Personen an und überlegen Sie, ob Sie selbst kandidieren wollen.

Kontakt: ÖDP Baden-Württemberg

Uli Stein, Landesgeschäftsführer
Tel.: 0711 6364644
info@oedp-bw.de

Matthias Dietrich, Regionalbeauftragter
Tel.: 07121 880104
matthias.dietrich@oedp-bw.de

Bayern

„Niederbayerische Brandmauer“ gegen Söders Atom-Deal



Foto: Josef Lang

ÖDP-Bezirksrat
Urban Mangold

ÖDP-Bezirksrat Urban Mangold fordert eine „niederbayerische Brandmauer“ gegen die Pläne von Ministerpräsident Söder, ein Atomstrom-Importabkommen mit Tschechien abzuschließen. Der Bezirkstag solle sich „entschieden dagegen positionieren“.

Dafür sieht der ÖDP-Politiker gute Chancen, nachdem sich Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich (CSU) gegen Söders Atompläne ausgesprochen hat.

„Ich will gemeinsam mit Dr. Heinrich den Bezirkstag davon überzeugen, dass wir jetzt parteiübergreifend zum Wohle unserer Region handeln müssen. Söder bürdet Niederbayern und der Oberpfalz aus wahlkampf-

taktischen Gründen ein furchtbares Risiko auf. Das ist verwerflich. Der Bezirkstag darf das nicht achselzuckend hinnehmen“, fordert Mangold. Ein entsprechender Antrag wird 2025 behandelt.

„Wenn der Freistaat endlich die Bremsrolle beim Ausbau der Windkraft aufgibt, haben die tschechischen Atomausbaupläne keine Chance, weil der Absatz nach Bayern fehlt. Söder fordert mit seinem Atomstrom-Deal den grenznahen Ausbau der Risikotechnologie geradezu heraus“, kritisiert der ÖDP-Bezirksrat.

ÖDP kritisiert Senkung des bayerischen Familien- und Pflegegeldes



Foto: privat

Die bayerische ÖDP-Vizechefin
Martha Altweck-Glöbl

Die bayerische ÖDP kritisiert die Halbierung des Familien- und Pflegegeldes durch die Regierung Söder/Aiwanger. Notwendig sei vielmehr „eine deutliche Erhöhung“. „Die Familien leisten, was die öffentliche Hand wegen Personalmangel längst überfordert“, sagt die stell-

vertretende ÖDP-Landesvorsitzende und Vize-Landrätin Martha Altweck-Glöbl.

„Wenn die familiäre Sorgearbeit für Kleinstkinder unter drei Jahren und für pflegebedürftige Angehörige finanziell endlich besser honoriert werden würde, könnten Erwerbstätige ihren Familien leichter und ohne finanzielle Zwänge mehr Zeit schenken. Das würde wiederum die Kitas und Seniorenheime entlasten, die dann mit dem Betreuungsschlüssel arbeiten könnten, der ihrem Berufsethos entspricht. Herr Söder sollte besser bei überzogenen Straßenbaumaßnahmen sparen und nicht bei den Familien. Die CSU hat die Stärkung der Familien auf-



Foto: Holbauer/ÖDP

Agnes Becker und Sepp Rettenbeck drängen Ministerin Gerlach zum Handeln.

gegeben und über Bord geworfen“, kritisiert Altweck-Glöbl.

ÖDP kritisiert fehlende Krankenhausplanung

Das bayerische Gesundheitsministerium muss endlich seiner Pflichtaufgabe Krankenhausplanung nachkommen. Das fordern ÖDP-Landesvorsitzende Agnes Becker und der krankenhauspolitische ÖDP-Experte Sepp Rettenbeck in einem Schreiben an die Ministerin. „Immer nur nach Berlin austeilen und selbst lieber den Kopf vor der schwierigen Aufgabe einziehen, das bringt nichts. So kommen wir nicht weiter“, kritisiert die ÖDP-Chefin.

„Das Ministerium muss eine klare, nachvollziehbare und medizinisch, sachlich begründete Krankenhausstruktur für Bayern erstellen“, fordert Sepp Rettenbeck. Andere Bundesländer wie Schleswig-Holstein oder Nordrhein-Westfalen seien da schon viel weiter.

In Bayern dagegen gehen die Maßnahmen für eine Umstrukturierung der Krankenhäuser aktuell vorwiegend von den Landkreisen und kreisfreien Städten aus. Doch dies entspricht weniger einer zukunftsorientierten Krankenhausplanung, sondern ist dem wirtschaftlichen Druck geschuldet, unter dem die Krankenhäuser seit vielen Jahren stehen. Viel sinnvoller wäre es, für ganz Bayern eine konkrete Zielstruktur für die Krankenhausversorgung zu entwickeln: Was soll wo angeboten werden? Dies wäre auch notwendig, um den Krankenträgern einerseits Planungssicherheit und andererseits auch die notwendigen finanziellen Mittel zu geben.

Weitere Infos: ÖDP Bayern
Tel.: 0851 20091963
info@oedp-bayern.de
www.oedp-bayern.de

Brandenburg

ÖDP Brandenburg für weitsichtige Politik – unter anderem beim Wolf

Scharfe Kritik äußerte der Landesverband Brandenburg Anfang Dezember 2024 an der Entscheidung des Europarats zur europaweiten Abschwächung des Schutzes für Wölfe. Politische Interessen wurden dabei über wissenschaftliche Fakten gestellt. Bisher war der Abschuss von Wölfen laut Berner Konvention von 1979 nur in strengen Ausnahmefällen möglich. Nun fiel mit der Stimme von Bundesumweltministerin Steffi Lemke eine politisch motivierte Fehlentscheidung, die auch von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (beide Grüne) begrüßt wurde. Dies bedeutet das Aus für zahlreiche Wölfe und eine erhebliche Gefahr für andere geschützte Tierarten in Europa. Aber auch der neue Brandenburger Koalitionsvertrag von SPD und BSW ebnet den Weg für ein schärferes Vorgehen gegen Wölfe. Im Vertrag steht: „Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, um ein Bestandsmanagement für den Wolf und den Biber einzuführen.“ Dies ignoriert jedoch die Appelle von Naturschutz, Wissenschaft und Hunderttausenden von Bürgern, die auf wissenschaftlich fundierte Maßnahmen zur Förderung der Koexistenz mit Großraubtieren drängen. Experten von Naturschutzorganisationen kritisieren ebenso diesen Schritt als voreilig und wissenschaftlich nicht ausreichend begründet.

Der Wolf ist eine heimische Tierart und wurde lange Zeit bejagt, bis er ausgerottet war. Erst seitdem er Anfang der 1990er-Jahre in Polen und Deutschland unter Schutz gestellt wurde, konnte er sich wieder auf natürliche Weise ausbreiten. Der Wolf ist also ein Rückkehrer. Eine gezielte Wiederansiedlung durch den Menschen fand nicht statt. Die undifferenzierte Bejagung von Wölfen würde zum einen bestehende Rudelstrukturen zerstören

und zum anderen den Nutztierhaltern keinen zusätzlichen Nutzen bringen, sondern einen besseren Schutz nur vorgaukeln. Der Schlüssel zur Koexistenz von Wolf, Mensch und Nutztieren ist ein guter Herdenschutz – verbunden mit der unmittelbaren Entnahme von Wölfen, die den Schutz überwunden haben. In Brandenburg waren im Jahr 2023 lediglich 13 % der gerissenen Nutztiere wirklich gut gemäß den empfohlenen Maßnahmen zum Schutz von Weidetierbeständen geschützt. In den 66 nachgewiesenen Territorien von Wolfsrudeln in Brandenburg konnten nur in Ausnahmefällen einzelne Tiere einen guten Herdenschutz überwinden.

Eine art- und umweltgerechte Nutztierhaltung und die Anwesenheit von Wölfen sind gleichermaßen wichtig für die Ökosysteme. Denn der Wolf trägt zum natürlichen Waldumbau bei, indem er beispielsweise Verbisschäden durch Rehwild am aufkommenden Jungwuchs minimiert. Dass der Wolf bevorzugt schwache und kranke Tiere frisst, trägt darüber hinaus zur Verbesserung der Gesundheit der Wildpopulationen bei. Dies hat sich auch bei der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) gezeigt, da infizierte Tiere von Wölfen gefressen werden, ohne dass diese selbst an der Krankheit erkranken. Eine Bestandsregulierung nach dem Rasenmäherprinzip würde weder der Artenvielfalt noch einer artgerechten Nutztierhaltung dienen. Wir fordern dazu auf, einen wirklich ausgewogenen und wissenschaftlich fundierten Ansatz im Umgang mit dem Wolf zu finden und nicht dem populistischen Ruf nach Quotenabschüssen zu folgen. Im Landesamt für Umwelt Brandenburg (LfU) liegen ausreichend Erfahrungen im Umgang mit dem Wolf vor. Diese Expertise gilt es zu nutzen.

Der kürzlich beschlossene Koalitionsvertrag zwischen SPD und BSW in Brandenburg hat noch zahlreiche weitere Kritikpunkte



Foto: Kay-Uwe Hartleb

aufgeworfen. So wird der Umstieg auf erneuerbare Energien zu wenig ambitioniert angegangen. Wir setzen uns hingegen für eine schnellere Sanierung von Gebäuden mit natürlichen Baustoffen ein, um den Energieverbrauch zu senken. Wir wollen eine verpflichtende Installation von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden zur Stromerzeugung, sofern keine gravierenden Gründe dagegensprechen. Wir wollen einen konsequenten Umstieg von der Wegwerf- zur Kreislaufwirtschaft: Produkte müssen langlebig, reparierbar und effizient nutzbar sein. Wir fordern die Abschaffung von Subventionen, die umweltschädliche Praktiken unterstützen, und die Einführung einer ökologischen Kostenwahrheit.

Die Ernennung von Hanka Mittelstädt zur neuen Agrarministerin in Brandenburg sehen wir als sehr problematisch an, da sie selbst ein landwirtschaftliches Familienunternehmen führt. So ist zu befürchten, dass Umwelt- und Naturschutzverbände zukünftig keine ausreichend wichtige Rolle spielen. Vielmehr besteht eine enge Verflechtung mit agrarindustriellen Interessen, was die Förderung nachhaltiger Landnutzung und die Bedürfnisse der Natur gefährden könnte. Noch stehen wir mit rund 30 % der Landesfläche unter Landschaftsschutz, vielen FFH-Gebieten und drei UNESCO-Biosphärenreservaten ver-

gleichsweise gut da. Aber diese einzigartigen Landschaften und Ökosysteme als Heimat vieler Arten sind gefährdet. Wir nehmen deren Schutz sehr ernst und wehren uns gegen Projekte, die die Artenvielfalt und unser langfristiges Wohlergehen gefährden könnten. SPD und BSW dagegen setzen auf kurzfristiges wirtschaftliches Wachstum und zu wenig auf das Gemeinwohl. Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, die das Wohl aller Bürger und den Schutz der Umwelt in den Vordergrund stellt, ist notwendiger denn je.

Auch die soziale Gerechtigkeit kommt uns im Koalitionsvertrag zu kurz. Die geplanten Investitionen in Bildungseinrichtungen und soziale Programme werden nicht ausreichen, um soziale Ungleichheiten zu beseitigen. Im Bereich der direkten Demokratie fehlen viele wichtige Details: Die Koalition plant neue Dialogformate und einen Prüfauftrag für kommunale Bürgerbegehren, was in die richtige Richtung geht, aber nicht bindend ist. Eine unzureichende Stärkung des Demokratievertrauens wird schließlich nur der AfD in die Hände spielen.

Kontakt: ÖDP Brandenburg
 Thomas Löb, Landesschatzmeister
 Tel.: 0175 9966701
info@oedp-brandenburg.de
www.oedp-brandenburg.de

BUNDESARBEITSKREIS ARTEN- UND NATURSCHUTZ

Erste Gedanken zu einem zukünftigen ÖDP-Forderungskatalog zur Wasser- und Klimapolitik

Angeregt durch einen Online-Vortrag von Otto Baronky, kamen wir als Arbeitskreis zu dem Schluss, dass das ursprünglich angestrebte 1,5-Grad-Ziel eigentlich schon verpasst ist; es lässt sich, auch wenn wir morgen den CO₂-Ausstoß auf null setzen, nicht mehr erreichen, da der Boden und die Landschaft einfach nicht mehr mitmachen (siehe tagesschau.de, 15.11.2024: www.t1p.de/4th7h).

Was wir jetzt an Langfrist-Wetterveränderungen erleben, wurde schon vor 20–30 Jahren angestoßen. Die reine Dekarbonisierung der Industrie allein ändert daran nichts mehr. Wir brauchen deshalb eine größer angelegte Klimaanpassung mit vielen lokalen Maßnahmen als Teil einer umfassenderen Strategie zur Erreichung der Klimaziele und zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen – etwa durch die Anreicherung von Kohlenstoff im Boden in Form von Humus, da dies nicht nur Emissionen vermeidet, sondern auch bereits vorhandenes CO₂ aus der Atmosphäre entfernt. Humus ist ein stabiler Kohlenstoffspeicher, der durch die Zersetzung von Pflanzenresten entsteht und den Boden fruchtbarer macht (siehe ClimatePartner, 12.05.2023: www.t1p.de/dr86).

Vor diesem Hintergrund entwickelten wir einen ersten Forderungskatalog zur Wasser- und Klimapolitik – vielleicht entsteht daraus später einmal ein eigenständiger Flyer:

1. Wasserrückhalt und Wiedervernässung:

- Wasser im Land halten und nicht über Flüsse ins Meer leiten. Kanäle sollten dem

Wasserrückhalt dienen und nicht der Entwässerung.

- Natürliche Helfer wie Biber bei der Wiedervernässung unterstützen. Biberdämme in Entwässerungsgräben tolerieren, wenn keine Infrastruktur betroffen ist.
- Moore als Wasser- und Kohlenstoffspeicher schützen, erhalten und renaturieren. Durch Wiedervernässung können Moore CO₂ aufnehmen und speichern.
- Beendigung der Grundwasserzerstörung: Grundwasserentnahme so weit wie möglich reduzieren. Keine Verlängerung oder Widerruf von wasserrechtlichen Erlaubnissen bei rückläufigen Pegeln.

2. Effiziente Wassernutzung:

- Geklärte Abwässer nutzen: Schaffung rechtlicher und besserer technischer Voraussetzungen.
- Schaffung von Möglichkeiten zur Verrieselung von hinreichend geklärtem Abwasser. Nutzung zur Beregnung in der Landwirtschaft oder Verrieselung in Waldgebieten und trockengefallenen Niedermooren.
- Gerechtere Wasserentgelte für Grund- und Oberflächenwasser gestalten. Großverbraucher angemessen zur Kasse bitten. Wasserrationierungen in Trockenphasen ermöglichen.
- Landwirtschaft zur Zahlung von Entgelt für Oberflächenwasser bzw. eines höheren Entgelts für Grundwasser verpflichten; Gleiches gilt für Industriebetriebe wie etwa der Braunkohleindustrie.

- Durch die Verteilung des Wassers auf eine größere Fläche kann die Höhe der Hochwasserspitzen verringert werden. Das Wasser kann langsam in den Boden einsickern und zur Auffüllung der Grundwasservorräte beitragen.
- Durch Erhalt und Förderung von Auenlandschaften bieten diese wertvollen Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten und tragen zur Biodiversität bei. Durch die Wiederherstellung natürlicher Flusslandschaften können Überflutungsflächen geschaffen werden.
- Künstlich angelegte Rückhaltebecken können bei Hochwasser gefüllt und anschließend langsam wieder entleert werden, um die Wassermengen zu steuern.
- Das Zurückverlegen von Deichen schafft mehr Platz für Flüsse, wenn diese bei Hochwasser über die Ufer treten.

3. Reduzierung der Flächenversiegelung:

- Strategien zur Bremsung der Landschaftsversiegelung entwickeln, die gleichzeitig die Grundwasserneubildung mit berücksichtigen.
- Neuversiegelung vermeiden und lokales Versickern von Niederschlägen ermöglichen. Bautätigkeit begrenzen. Teilversie-

gelung anstelle von Totalversiegelung, z. B. Geh- und Radwege mit wassergebundener Decke.

4. Wald- und Landnutzungsmanagement:

- Waldumbau: Nadelmonokulturen in naturnahe Laubmischwälder umwandeln, um bessere Wasseraufnahme zu ermöglichen.
- Pufferzonen um Seen festlegen, in denen auf Dünger und Pestizide verzichtet wird.
- Dachbegrünung fördern und Grauwasser etwa zur Toilettenspülung nutzen.

5. Politische Maßnahmen und Gesetze:

- Aufruf an Ministerpräsidenten, ihre Blockadepolitik gegenüber der Klimaanpassung aufzugeben und das letzte Zeitfenster für Klimaanpassung und Klimaschutz zu nutzen.
- Keine neuen oder verlängerten wasserrechtlichen Erlaubnisse für Großprojekte, wenn die Wasserförderung Gewässer in der Umgebung beeinträchtigt.
- Schnellere Umsetzung von Niedrigwasserkonzepten zur Haltung des Wassers in der Landschaft.
- Dringende Umsetzung von Gesetzen zur Klimaanpassung – insbesondere von Jagd-, Wald- und Wassergesetzen.

Thomas Löb



Der Biber mit seiner Arbeit unterstützt bei Wiedervernässung und Hochwasserschutz.

BUNDESARBEITSKREIS MOBILFUNK

Aufarbeitung neuester Forschungsergebnisse

Zur Weiterentwicklung des bundespolitischen Programms der ÖDP bringt sich der BAK Mobilfunk erneut mit seiner Expertise ein. 2023 verabschiedete der Bundesparteitag einen Programmtext zum Thema „elektromagnetische Umweltverschmutzung“, dessen Inhalt die Kapitelüberschrift nicht vollständig widerspiegelt.

Der BAK hat die Inhalte wieder auf die hochfrequenten Felder reduziert, übersichtlicher strukturiert und dabei den aktuellen Stand der Wissenschaft in den neuen Text „(Mobil-)Funk umwelt- und gesundheitsverträglich gestalten!“ eingearbeitet. Hierbei berücksichtigte der BAK Mobilfunk beim Thema „Umwelt“ z. B. auch die 2023 Peer-reviewte Studie „Biological Effects of Electromagnetic Fields on Insects: a Systematic Review and Metaanalysis“ (www.t1p.de/yeajw), in der Auswirkungen von elektromagnetischen Feldern (EMF) auf Insekten im Labor eindeutig nachgewiesen wurden: verringerte Fortpflanzungsfähigkeit, Schädigung des Erbguts (DNA), Störung des Verhaltens, oxidativer Zellstress.

Zum Thema „Gesundheit“ ergänzte der BAK Mobilfunk im neuen Text weitere mögliche negative Effekte durch Mobilfunk inklusive dazugehöriger Quellennachweise. Dies auch vor dem Hintergrund der 2024 veröffentlichten Ergebnisse des internationalen und interdisziplinären Forschungsprojekts „ATHEM-3“ (Studie: www.t1p.de/u780z, Dokumentation Kompetenzinitiative: www.t1p.de/7dixk) zu gesundheitlich relevanten Risiken durch Mobilfunksender: Langzeit-



Foto: beangborning/pixabay.com

exposition bringt ein Gesundheitsrisiko mit sich – u. a. Chromosomenaberrationen, Einzelstrang-DNA-Schädigungen und Effekte auf das autonome Nervensystem.

Leider war auf dem Bundesparteitag 2024 die Zeit zu kurz, um den neuen Text zu verabschieden, was beim Bundesparteitag 2025 nachgeholt werden soll.

Aufgrund der hohen Bedeutung des ATHEM-3-Projekts plant der BAK Mobilfunk, dessen Ergebnisse allgemeinverständlich aufzuarbeiten und im Frühjahr 2025 interessierten ÖDP-Mitgliedern in einer Videokonferenz vorzustellen.

Auf Initiative des BAK Mobilfunk wurde im Oktober 2024 die Pressemitteilung „ÖDP gegen Mobilfunk-Netzausbau in Naturschutzräumen“ herausgegeben (www.t1p.de/5ghh9). Diese richtet sich gegen die als „überragendes öffentliches Interesse“ vorgesehene Einstufung des Baus von Mobilfunkmasten im Gesetzentwurf zum Telekommunikations-Netzausbau-Beschleunigungsgesetz (TK-NABEG, www.t1p.de/lu7x1). Hiervon wären 99,4% der Flächen Deutschlands betroffen – auch Nationalparks und das europäische Schutzgebietsnetz NATURA 2000.

Parallel zu der Pressemitteilung wandten sich mehrere Mitglieder des BAK Mobilfunk persönlich direkt an ihre Abgeordneten, gegen den Mobilfunkausbau in Naturschutzgebieten zu stimmen. Der Bericht des Technikfolgenausschusses des Bundestags (TAB) zur Mobilfunktechnologie beschrieb bereits 2023

das grundsätzliche Risiko der Mobilfunkstrahlung, benannte mögliche Schäden und empfahl Vorsorgemaßnahmen wie die „Einrichtung von Schutzzonen, in denen die Verwendung von Mobiltelefonen oder die Errichtung von Sendeanlagen verboten oder stark eingeschränkt wird“ (www.t1p.de/dx75n).

Im Jahr 2025 wird der BAK Mobilfunk weiter die neuesten Forschungsergebnisse zu Mobilfunk sichten, in Beiträgen verarbeiten und auch Themen wie „Sender in Autos“ und „Light Fidelity (LiFi)“ bearbeiten.

Marion Schmidt

BUNDESARBEITSKREIS GESUNDHEIT

Mit neuem Leitungsteam „Ganzheitliches Gesundheitsprogramm“ erstellt

Am 23. November 2024 wählten die Mitglieder des BAK Gesundheit eine neue Leitung. Neu im Leitungsteam ist als Beisitzer der Handchirurg Dr. med. Karlheinz Kalb aus Werneck in Unterfranken. Zusätzlich wurde er als BAK-Vertreter in die Bundesprogrammkommission entsandt. Als wiedergewählte Vorsitzende vertrete ich, Christine Mehlo-Plath, ihn in der Bundesprogrammkommission. Martin Weinmann aus Baden-Württemberg wurde als stellvertretender BAK-Vorsitzender ebenfalls wiedergewählt. Dr. Corinne Enders aus NRW, Veterinärärztin und Mikrobiologin, wurde in ihrem Amt als Beisitzerin bestätigt. Doris Hartbauer, Heilpraktikerin aus Waldkraiburg, Oberbayern, wurde neu als Beisitzerin in die Leitung des BAK gewählt.

Zuletzt erarbeiteten wir ein Schwerpunktpapier zum Thema „Ganzheitliche Gesundheitspolitik“, das auch unter bak.gesundheit@oedp.de angefordert werden kann. Unser Anliegen ist es, alle wichtigen positiven wie negativen Einflüsse auf die Volksgesundheit zu berücksichtigen und die medizinische Versorgung nicht nur als Symptombekämpfung, sondern primär als Vorsorgeleistung und im Erkrankungsfall als möglichst ursächliche



Foto: ÖDP

Mitglieder des BAK Gesundheit trafen sich Anfang November 2024 auf dem Bundesparteitag in Gersfeld (von links): Dr. Corinne Enders, Ute Hermann, Christine Mehlo-Plath, Doris Hartbauer, Dr. med. Karlheinz Kalb und Thomas Müller.

und ganzheitliche Therapie zu begreifen. Dies ist nach unserer Überzeugung die Grundvoraussetzung, um die Kostensituation im Gesundheits- und Pflegebereich besser in den Griff zu bekommen. Aus dem milliarden-schweren „Gesundheitsmarkt“ muss wieder ein dem Gemeinwohl verpflichtetes „Gesundheitswesen“ werden.

Obwohl wir als eingespieltes Team im BAK gute Arbeitsergebnisse erzielen, freuen wir uns jederzeit über Zuwachs.

Christine Mehlo-Plath

MARIA OPITZ-DÖLLINGER STIFTUNG

Erste Sitzung des Stiftungsrats

Nach der offiziellen Anerkennung der ÖDP-nahen Maria Opitz-Döllinger Stiftung am 23. September 2024 lud Gerald Morgner, gewählter Vorsitzender des Stiftungsrats, am Samstag, 14. Dezember 2024 zur 1. Stiftungsratssitzung ins Haus des Stiftens nach München ein. Neben den 19 teilnehmenden Stiftungsräten (elf in Präsenz und acht online) waren auch Thomas Schiffelmann und Wolfgang Königbauer aus dem Stiftungsvorstand persönlich vor Ort.

Gerald Morgner eröffnete die Stiftungsratssitzung mit einer Einführung in die grundlegenden Strukturen und Kompetenzen des Stiftungsrats. Im Anschluss berichtete der Stiftungsvorstand ausführlich über die Aktivitäten seit der Gründung. Die Stiftungskonten sind mittlerweile eröffnet und die ersten Vermögensanlagen sowie Förderungen vorgenommen. Zu den weiteren Schwerpunkten des Berichts zählten darüber hinaus die Ergebnisse der Vorstandsklausur, der Messestand samt Interessientreffen und Baumpflanzung beim letzten ÖDP-Bundesparteitag sowie die Prognose für die Stiftungsaufsicht zur Entwicklung des Stiftungsvermögens.

Ein wesentlicher Bestandteil des Vorstandsberichts war zudem die Vorstellung eines Haushaltsplanentwurfs für die Jahre 2024 und 2025. Dabei erörterte der Stiftungsvorstand detailliert, welche Kosten entstehen und welche Fördermaßnahmen die Stiftung unterstützen möchte. Nach einem sehr konstruktiven und wertschätzenden Austausch wurde der Haushalt vom Stiftungsrat beschlossen; dabei wurde sogar die vom Stiftungsvorstand vorgeschlagene Fördersumme für das Jahr 2025 erhöht, um ein klares Signal der neuen Kraft für politische Bildung in Deutschland zu setzen.

Aufgrund der Vielzahl an Themen konnte leider nicht die gesamte Tagesordnung abgearbeitet werden; die offenen Punkte sollen in der nächsten Stiftungsratssitzung behandelt werden. Wichtig war am Ende noch der Beschluss des Stiftungsrats, dass im Juni 2025 eine offizielle Gründungsfeier stattfinden soll, um die Anerkennung der Maria Opitz-Döllinger Stiftung in einem großen Rahmen offiziell zu feiern.

Rückfragen zum Stiftungsrat bitte an Gerald Morgner richten: gerald.morgner@oedp.de



Foto: Thomas Schiffelmann

Arten schützen, Frieden sichern!

Wenn immer mehr Arten sterben, hat dies früher oder später auch Auswirkungen auf die Ernährung von uns Menschen. Ein reduziertes Nahrungsangebot aber kann zu Konflikten führen. Insofern hat Artenschutz auch etwas mit Konfliktprävention zu tun. Wir in der ÖDP setzen uns für dauerhaft gute Lebensbedingungen ein. Hier braucht es neben förderlichen Rahmenbedingungen auch praktische Maßnahmen. Und es braucht Menschen, die sich einmischen, die anpacken und verändern wollen. Trifft das auf Sie zu? Dann werden Sie am besten gleich heute Mitglied der ÖDP!



Beitrittsantrag

Ich bin mindestens 14 Jahre alt und beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei als

- sofortiges reguläres Mitglied Schnuppermitglied¹
- Ich möchte zusätzlich Mitglied in der „Bundesvereinigung JÖ – jung.ökologisch“ sein.²

¹ Als Schnuppermitglied sind Sie im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritt möglich und kann nicht verlängert werden.

² Nur für Personen unter 36 Jahren. Wenn Sie gleichzeitig der ÖDP beitreten, zahlen Sie nur den ÖDP-Mitgliedsbeitrag, ansonsten 15,- Euro pro Jahr für die JÖ-Mitgliedschaft.

Pflichtfeld* bitte ausfüllen!

Vorname* _____

Name* _____

Straße, Hausnr.* _____

PLZ, Ort* _____

E-Mail* _____

Mobil-/Telefon* _____

Beruf _____

Geburtsdag* _____

Der Beitritt wurde mir empfohlen

von _____

Frühere und aktuelle Parteimitgliedschaft/-en (Partei/Zeitraum)*: _____

Sie haben ein Recht auf Auskunft und Löschung und können einer weiteren Nutzung Ihrer Daten jederzeit an datenschutz@oedp.de widersprechen. Zusätzliche Informationen: www.oedp.de/datenschutz

Nutzen Sie alternativ unser Online-Formular: www.oedp.de/mitgliedschaft

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr)

- den Regelbeitrag von 8,- Euro pro Monat
- den Familienbeitrag von 8,- Euro pro Monat (bitte Familienmitglieder gesondert auflisten)
- den Seniorenbeitrag von 4,- Euro pro Monat
- den ermäßigten Beitrag von 1,- Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, Bürgergeld-Empfänger)

Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von _____ Euro

Ich übernehme die jährlichen Kosten für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“:

- 20 € als Postsendung 10 € als PDF (digital)

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE17ZZZ0000029054
Mandatsreferenznummer: (wird separat nachgereicht)

Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, Zahlungen von meinem angegebenen Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der ÖDP auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ein Widerspruch ist ab Belastungsdatum acht Wochen möglich. Es gelten die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

- jährliche Abbuchung halbjährliche Abbuchung

Kontoinhaber/-in* _____

IBAN* _____

Bank/BIC _____

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit dem Steuerausgleich werden unabhängig vom persönlichen Steuersatz 50% des jeweiligen Betrags vom Finanzamt zurückerstattet (§ 34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, der Organisation Scientology oder die Zugehörigkeit zur „Reichsbürgerbewegung“.

Ort, Datum* _____

Unterschrift* _____

Bitte ausschneiden und per Post senden an:
ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommeregasse 1
97070 Würzburg | Fax: 0931 4048629

Mehr ÖkologiePolitik

Sie möchten mehr sinnvolle Nachrichten von ÖkologiePolitik mit Mensch und Natur im Mittelpunkt erhalten oder weitergeben? Kreuzen Sie einfach an, was auf Sie zutrifft, tragen Sie unten Ihre Daten ein und senden Sie das ausgefüllte Formular zurück an die ÖDP. Alternativ können Sie auch unter www.oedp-shop.de bestellen bzw. unter www.oekologiepolitik.de/abonnement/ ein (Geschenk-)Abo oder eine Förderung abschließen.



Die ÖkologiePolitik und ihre Beilage „ÖDP aktiv!“ sind im ÖDP-Mitgliedsbeitrag enthalten. Ob Mitglied oder nicht: Sie helfen uns sehr, wenn Sie mit einem freiwilligen Beitrag Erstellung und Versand des Magazins unterstützen. Herzlichen Dank!

Ich möchte zukünftig die ÖkologiePolitik inkl. Beilage erhalten (halbjährlich kündbar):

- als ÖDP-Mitglied als Nicht-Mitglied
- als gedruckte Ausgabe per Post (20,- Euro im Jahr für Nicht-Mitglieder)
- als digitale Ausgabe im PDF-Format (10,- Euro im Jahr für Nicht-Mitglieder)

Das Abo wurde mir vermittelt von:

Ich möchte (nach-)bestellen:

- ÖkologiePolitik (pro Heft 6,- Euro):

Heft-Nr./Thema: _____

Stück: _____

- Beilage „ÖDP aktiv!“ (je 10 Stück 3,- Euro):

Thema: _____

Stück: _____

Freiwillige Unterstützung:

Ich unterstütze die ÖkologiePolitik – unabhängig von Abo oder Parteimitgliedschaft – mit einem

regelmäßigen Betrag von _____ Euro

- halbjährlich jährlich



Newsletter:

Neuigkeiten von der ÖDP per E-Mail abonnieren: www.oedp.de/mitmachen/newsletter-abo

Meine Kontaktdaten (Pflichtfelder*):

Vorname* _____

Name* _____

Straße, Hausnr.* _____

PLZ, Ort* _____

E-Mail* _____

Telefon/Mobil _____

Meine Bankverbindung:

Kontoinhaber/-in* _____

IBAN* _____

Bank/BIC _____

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE17ZZZ0000029054
Mandatsreferenznummer: OEP-[Name]

Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, Zahlungen von meinem angegebenen Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der ÖDP auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ein Widerspruch ist ab Belastungsdatum acht Wochen lang möglich. Es gelten die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Ort, Datum* _____

Unterschrift* _____

Bitte ausschneiden und per Post senden an:
ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommerngasse 1
97070 Würzburg | Fax: 0931 4048629

Sie haben ein Recht auf Auskunft und Löschung und können einer weiteren Nutzung Ihrer Daten jederzeit an datenschutz@oedp.de widersprechen. Zusätzliche Informationen: www.oedp.de/datenschutz



IMPRESSUM

Die ÖkologiePolitik ist im ÖDP-Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 20 bzw. 10 Euro im Jahr abonnieren – siehe Seite 37. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der **1. April 2025**.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: 0931 40486-0, Fax: 0931 40486-29
info@oedp.de | www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann
Jörg-Hube-Straße 109, 81927 München
guenther.hartmann@oedp.de
Jan Altnickel, Unstruttal / Thüringen
jan.altnickel@oekologiepolitik.de

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe

Günther Brendle-Behnisch, Matthias Dietrich,
Markus Hollemann, Claude Kohnen, Thomas Löb,
Urban Mangold, Christine Mehlo-Plath,
Gerald Morgner, Manuela Ripa, Tobias Ruff,
Thomas Schiffelmann, Josef Schmid,
Marion Schmidt, Wolfram Wiebe

Interviewpartner

Prof. Dr. Werner Härdtle
Sonja Jelineck

Gastautor

Dr. Andreas H. Segerer

Grafik/Satz

Heike Brückner – Grafikstudio Art und Weise, Regensburg
heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik – Ökologisch-Demokratische Partei
Neckarstraße 27–29, 55118 Mainz
Tel.: 06131 679820
redaktion@oekologiepolitik.de
www.oekologiepolitik.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE74 3702 0500 0009 8152 00
BIC: BFSWDE33XXX

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und der politischen Willensbildung.



ÖkologiePolitik wird gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem EU-Ecolabel und dem Blauen Engel.

ÖkologiePolitik

Thema im Juni 2025:

Demokratie stärken!



10.05.2025 (Sa.)
Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg und Aufstellungsversammlung zur Landtagswahl in Gerlingen
www.oedp-bw.de

12.05.2025 (Mo.)
Online-Veranstaltung zum Thema „Artenschutz“
www.t1p.de/1jsq2

21./22.06.2025 (Sa./So.)
64. ÖDP-Bundesparteitag (online)
www.oedp.de

30.08.2025 (Sa.)
Landesparteitag der ÖDP Niedersachsen in Hannover
www.oedp-niedersachsen.de

19.–21.09.2025 (voraussichtlich, Fr.–So.)
Informationsreise zu Hanf als Baustoff (verschoben, ursprünglich 28.–30.03.)
www.oedp-nrw.de

17.–19.10.2025 (Fr.–So.)
65. ÖDP-Bundesparteitag in Bingen
www.oedp.de

15.11.2025 (Sa.)
ÖDP-Bundeshauptausschuss in Würzburg
www.oedp.de



Ökologie Politik -im Dialog

Wir starten eine neue
Online-Veranstaltungsreihe
zu den Hefthemen der ÖP.
Los geht's mit dem Thema
„Artenschutz“

am 12. Mai 2025 um 17:00 Uhr –
u. a. mit Prof. Dr. Werner Härdtle
und Agnes Becker.



Aktuelle Infos unter:
www.t1p.de/1jsq2



**Vielfalt erhalten –
diskutieren Sie mit!**